

Bezugspreis:

Für den Monat Juli 2000 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheinlandgebiet sowie Österreich und Luxemburg 30 000 M., für das übrige Ausland 36 000 M. Postbezugspreis freibleibend. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Island, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Woll und Reiz“, der Unterhaltungsbeilage „Heimweil“ und der Beilage „Stellung und Kleinigkeiten“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einspaltige Remontragezeile kostet 5000 M. Reklamezeile 25 000 M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 1500 M. (schlief zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 800 M. Stellensuche das erste Wort 800 M., jedes weitere Wort 500 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 1200 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 4. Juli 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postcheckkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diktonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Die Metallarbeiter im Kampfe. Der Schiedsspruch einstimmig abgelehnt.

In einer überfüllten Versammlung der Funktionäre des Metallarbeiterverbandes in der Brauerei Friedrichshain wurde gestern abend einstimmig beschlossen, den gestern gefällten Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums abzulehnen. Die Ortsverwaltung ist beauftragt worden, die nötigen Streikmaßnahmen zu treffen.

Die Ablehnung erfolgte fast ohne jede Debatte. Die Stimmung unter den Funktionären der Metallarbeiter war nicht allein verbittert durch die Unzulänglichkeit des Schiedsspruchs, sondern vor allem durch die Verschleppungssatzung der Unternehmer in der Frage der wertbeständigen Löhne.

Nach Wochen steigender Spannung, nach einer öffentlichen Diskussion, die äußerst ausgiebig gewesen ist, nach Beratungen innerhalb der Zentralarbeitsgemeinschaft, die sich eine ganze Woche hinzogen, nach weiteren Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium, haben es die Unternehmer in Vertretung der elementarsten psychologischen Momente zuwege gebracht, die gesamte Arbeiterschaft und ihre Vertreter durch eine neue Verprechung zu brüskieren. Diese verantwortungslose Verbohrtheit der Unternehmer hat dem Faß den Boden ausgeschlagen. Die Verantwortung für alles, was nun kommen kann, fällt auf die Unternehmer und auch auf die Regierung, die in ihrer unbegreiflichen Passivität die Dinge in den Abgrund rollen läßt.

Wo bleibt der ehrliche Reichsarbeiterlohn?

In den noch nicht völlig zum Abschluß gekommenen Verhandlungen der gewerkschaftlichen Spitzenverbände aller Richtungen mit den Unternehmern, dem Reichsarbeitsministerium und dem Reichsstatistischen Amt spielten bisher die übrigen beteiligten Reichsministerien, im besonderen aber das Reichsfinanzministerium eine merkwürdige

Rolle. Jene haben bisher kaum den Mund aufgetan. Dieses redete dafür um so „wirksamer“. Bei der ersten Verhandlung kämpfte der Vertreter des Reichsfinanzministeriums mit staunenswertem Eifer um die Beachtung des Vorrechts der Federführung in dieser Frage. Dieser lächerliche Ressortstreit in einem Augenblick, da Deutschland unterzugehen droht, erschreckte ganz allgemein. Die einzige „positive“ Leistung des Reichsfinanzministeriums bestand dann in der Erklärung, daß man grundsätzlich gegen die wertbeständigen Löhne sei. Auf irgendwelche andere Vorschläge wurde verzichtet. Das Reichsfinanzministerium scheint der Ueberzeugung zu sein, daß es nicht verpflichtet ist, Gedanken zu haben, die einen Notzustand zu beseitigen vermögen.

Bei der zweiten Besprechung erschien ein anderer Vertreter des Reichsfinanzministeriums. Er provozierte zwar durch seine Äußerungen niemand, das lag aber nur daran, daß sie auch in negativem Sinne nichts sagend waren.

Angeichts dieser Umstände muß in aller Deutlichkeit gesagt werden, ob sich das Reichsfinanzministerium als größter Arbeitgeber Deutschlands nicht endlich einmal zu einem positiven Schritt aufraffen möchte. Wartet es auf die Privatindustrie, hat es nicht den Mut, nicht den Verstand, nicht die Lust, etwas zu unternehmen? Müßte die Reichsbehörden in den Strudel, der sich ankündigt, mit hineingezogen werden? Wir denken, das Kabinett Cuno hat auch heute noch eine Pflicht am Volke. Es mag sie erfüllen und schleunigst zu den wertbeständigen Löhnen ihrer Arbeiter, Angestellten und Beamten Stellung nehmen. Dabei braucht nicht erst noch eine neue Kommission gebildet zu werden, man schließe sich den Arbeiten, die von den Arbeitnehmern und vom Reichsarbeitsministerium geleistet worden sind, nur an. Weiter ist, neben einer einfachen zustimmenden Erklärung, die den ganzen Ernst der Lage einfließt, nichts notwendig. Das wird das Reichsfinanzministerium doch noch aufbringen, hoffen wir, ehe die Fensterscheiben zerschlagen sind.

Termingeschäfte in Devisen verboten.

Auch der Handel mit Dollarschahenweisungen untersagt. Der Reichspräsident hat heute folgende Verordnung über Termingeschäfte und den Handel mit Dollarschahenweisungen zum Einheitskurse erlassen:

Auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reiches wird in Ergänzung der Notverordnung vom 22. Juni 1923 (Reichsgesetzblatt I S. 401) folgendes verordnet:

§ 1. Termingeschäfte in Zahlungsmitteln oder Forderungen in ausländischer Währung, in Edelmetallen sowie in inländischen und ausländischen Effekten gegen Reichsmark oder Wertpapiere, die auf Reichsmark lauten, sind verboten. Die Reichsregierung kann diese Vorschriften auf Termingeschäfte in Waren ausdehnen.

§ 2. § 1 Abs. 1 der Notverordnung vom 22. Juni 1923 (Reichsgesetzblatt I S. 401) findet auf Dollarschahenweisungen entsprechende Anwendung. Die Reichsregierung kann diese Vorschrift auf andere wertbeständige Anteile ausdehnen.

§ 3. Die Begriffsbestimmungen des § 1 der Valutaspekulationsverordnung vom 8. Mai 1923 (Reichsgesetzblatt I S. 275) gelten entsprechend.

§ 4. Geschäfte, die gegen § 1 oder 2 verstoßen, sind nichtig. Die Nichtigkeit kann nicht zum Nachteil von Personen geltend gemacht werden, die den die Nichtigkeit begründenden Sachverhalt beim Abschluß des Geschäftes nicht kannten.

§ 5. Auf Zuwiderhandlungen gegen §§ 1, 2 oder 3 finden, ebenso wie auf Zuwiderhandlungen gegen § 1 der Notverordnung vom 22. Juni 1923, die Vorschriften der §§ 11 und 13 der Valutaspekulationsverordnung entsprechende Anwendung.

Als Zuwiderhandlung ist es auch anzusehen, wenn an Stelle eines nach § 1 oder 2 dieser Verordnung oder § 1 der Notverordnung vom 22. Juni 1923 verbotenen Geschäftes eine den wirtschaftlichen Vorgängen, Tatsachen und Verhältnissen nicht entsprechende Gestaltung der Geschäfte gewährt wird, welche die währungswirtschaftlichen Ergebnisse eines der verbotenen Geschäftes zu erreichen bestimmt und geeignet ist. § 3 der Notverordnung vom 22. Juni 1923 wird aufgehoben.

§ 6. Der Reichswirtschaftsminister kann Uebergangs- und Ausführungsbestimmungen erlassen und Ausnahmen zulassen.

§ 7. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Erst Entdeutschung, dann Entstaatlichung.

Frankfurt a. M., 3. Juli. (TU.) Da der Betrieb der von der französischen Militärbehörde im altbesetzten Rheinlandsgebiete verwalteten Eisenbahnlängen außerordentliche Mittel verschlingt, so hat die französische Militärbehörde die französische Schwerindustrie um gebliche Unterstützung für Eisenbahnzwecke im Rhein-

lande ersucht. Hierüber haben in der letzten Woche Besprechungen zwischen französischen Industrievertretern und dem Generalkommando der Besatzungsarmee stattgefunden. Als Ergebnis verlautet, daß die französische Schwerindustrie die Bereitstellung der notwendigen Mittel zugesagt habe unter der Bedingung, daß diese jetzt von der französischen Militärbehörde verwalteten Eisenbahnlängen des Rheinlandes später privatisiert und in Form einer neu zu gründenden Gesellschaft in den Besitz der betreffenden französischen Industriegruppe übergehen sollten.

Saarkommission vor dem Völkerbund.

Cecil beantragt Vernehmung durch den Völkerbundrat. Genf, 3. Juli. (WZ.) Lord Cecil begründete heute in öffentlicher Sitzung des Völkerbundes die englischen Anträge zur Saarfrage. Er hielt an Hand des Verfallter Vertrages die Verantwortung des Völkerbundes für die Verwaltung des Saargebietes für gegeben und tadelte die Verordnungen der Regierungskommission, die ohne vorhergegangene oder spätere Befragung der Bevölkerung erlassen worden seien. Er verzichtete auf die Ernennung einer Untersuchungskommission sowohl in Genf als auch im Saargebiet, forderte aber, daß der Rat alle Mitglieder der Regierungskommission und nicht nur den Präsidenten nach Genf berufe, um sie zu vernehmen und sich darüber über die Vorgänge im Saargebiet und die Regierungsmethoden zu unterrichten. Der Vertreter Frankreichs, Hanotaux, verteidigte lebhaft die Kommission und die Notverordnungen, erklärte sich aber, da auf eine besondere Untersuchungskommission verzichtet wurde, damit einverstanden, daß der Rat sich selbst mit der Saarfrage befaßt, wie er es übrigens stets getan habe. Auf Salandras Antrag soll in geheimer Sitzung einer Formel zwischen Hanotaux und Cecil ausgearbeitet werden. Ein Vorschlag Brantings, nicht nur die Mitglieder der Regierungskommission, sondern auch Vertreter der Saarbevölkerung vor dem Rat zu vernehmen, soll auf Cecils Wunsch bis nach Fühlungnahme mit der Regierungskommission vertagt werden.

Die Kommission nach Genf beordert.

Genf, 3. Juli. (WZ.) Die heutige Debatte des Völkerbundrats über die Tätigkeit der Regierungskommission im Saargebiet schloß mit der Annahme folgender Entschliebung: Zur Beratung des englischen Vorschlages, die neuerlichen Vorgänge im Saargebiet einer Prüfung zu unterziehen, beschließt der Völkerbundrat, am jedem Mißverständnis in den Debatten über die Tätigkeit der Regierungskommission ein Ende zu machen, diese Prüfung selbst im Laufe der gegenwärtigen Tagung vorzunehmen, und beauftragt das Sekretariat, unverzüglich die Mitglieder der Regierungskommission aufzufordern, sich nach Genf zu begeben und sämtliche erforderlichen Dokumente mitzubringen.

„Die dänische Frage.“

Von Philipp Scheidemann. Mit Erstaunen werden sich die Leser sagen: „Die dänische Frage“ — ja, was ist denn das? Seit wann haben wir denn zu all den anderen schlimmen Fragen innen- und außenpolitischen Charakters auch noch eine Dänenfrage?

Ich fürchte, daß wir auf dem besten Wege sind, durch Dummheiten, wie sie im alten Regime üblich waren, auch noch die Dänen zu verpressen, die uns gegenüber im Kriege wahrhaftige Neutralität geübt, nach dem Kriege uns mancherlei Hilfe geleistet und die für sie wirklich gute Gelegenheit, alte dänische Forderungen in Schleswig zu verwirklichen, staatsflug in einer Weise wahrnahmen, von der wir wünschen könnten, daß sie für die Polen, Belgier, Franzosen usw. vorbildlich gewesen wäre, denn Dänemark hätte mit Hilfe Frankreichs — darüber sollte sich niemand täuschen — von Schleswig so viel bekommen können, wie es verlangt hätte.

Was ist denn nun eigentlich los? Warum spricht man bei uns jetzt sogar in der mitteldeutschen Presse von einer dänischen Frage? Von den dänischen Nationalisten wird in Schleswig, besonders in und um Flensburg herum, eifrige Propaganda getrieben. Diese Propaganda ist nicht ohne Erfolg geblieben, wenn offiziöse und offizielle Pressemitteilungen richtig sind. Es sollen sich selbst in solchen deutsch-schleswighen Orten, die bisher stets nur wenige dänische Stimmen ausbrachten, große dänische Vereine gebildet haben, und die zwar deutsch gedruckten, aber dänisch redigierten Propagandazeitungen sollen in Schleswig große Verbreitung gefunden haben. Das wäre gewiß wenig erfreulich. Man soll sich aber um Gotteswillen nicht dazu verleiten lassen, nun Dänemark verantwortlich zu machen für das Treiben seiner Waffe, Græse und Westarpe. Wenn man in Frankreich und Belgien das ganze deutsche Volk für die dänischen Treibereien ebenso wie für die verwüsteten Gebiete verantwortlich macht, so wehren wir uns mit Händen und Füßen dagegen. Daraus sollten wir lernen. Wenn gar der dänischen Regierung, die zu vertreten weder meine Aufgabe, noch meine Pflicht ist, vorgeworfen wird, daß sie 200 000 Kronen für dänische Zwecke, Säulen usw. in Schleswig ausgeben, so darf nicht vergessen werden, daß diese Summe für dänische Verhältnisse ungefähr so viel ist, wie früher für uns nicht einmal eine Viertel Million Mark. Wenn aber dann ausgerechnet wird, um das unfreundliche Verhalten der dänischen Regierung aufzuzeigen, was für ungeheuerliche Summen herauskommen, wenn man die Kronen in deutsche Papiermark umrechnet, so ist das meines Erachtens unzulässig, denn man kann die Güte oder Schlechtigkeit der Regierung irgendeines neutralen Landes unmöglich am Stande unserer Papiermark messen wollen. Wie abgrundtief könnte dann unter Umständen die „Moral“ einer neutralen Regierung oder gar eines ganzen Landes sinken, wenn uns unsere Mark — nicht zuletzt wegen des tolosal günstigen moralischen Eindrucks, den unsere Erbesger- und Rathenau-Wörter usw. im Auslande machen — noch weiter davonläuft! Ich will das nicht weiter ausmalen.

Ich habe im vorigen Jahre in Dänemark versucht, weiteres Verständnis zu wecken für das deutsche Elend, seine Ursachen und seine Wirkungen auch auf andere Länder. Meine Versammlung im Vorjahre fand auf Veranlassung Kopenhagener Studenten in dem Riesenjaale des Rathauses statt; sie war von mehr als 2000 Hörern, fast ausschließlich Intellektuellen, Staatsbeamten, Politikern aller Richtungen, Vertretern von Handel und Industrie besucht. Meine Forderung zur Unterstützung unserer Bestrebungen, die Revision des Versailler Diktats zu erreichen, fand stürmische Zustimmung. Ich hatte den Zusammenhang zwischen den Not Dänemarks (Valutafrage und damals enorme Arbeitslosigkeit) in ihrem Zusammenhange mit der Not Deutschlands auf Grund des Versailler Diktats nachgewiesen.

Anfang Juni dieses Jahres bin ich auf Einladung alter Freunde in den dänischen Provinzen gewesen und habe in sechs Versammlungen, von denen wiederum keine weniger als 2000 Zuhörer zählte, abermals großes Verständnis für die Not in Deutschland und die einzige Möglichkeit, ihr abzuhelfen, gefunden. Einmal habe ich auf Wunsch auch die Grenzfrage berührt, die in südwestdänischen Blättern erörtert worden war. Natürlich bin ich deshalb in einigen deutschen Zeitungen heftig ankrakeelt worden. Ganz grundlos, denn was ich in Dänemark über die Grenzfrage gesagt habe, müßte meines Erachtens die Zustimmung aller verständigen Deutschen ebenso finden, wie es die ungeteilte Zustimmung meiner Zuhörer in Dänemark gefunden hat. Ich habe nämlich wörtlich gesagt:

„Es wird neuerdings von gewissen Grenzstreitigkeiten gesprochen. Zwei Kulturländer des gleichen Stammes können ihre Grenzen gar nicht so ziehen, daß weder auf der einen noch auf der anderen Seite Minderheiten verbleiben. Eine nationale Minderheit, die gegen die Sozialdemokratie aller Länder auf das entschiedenste Stellung nehmen müßte. Wenn Differenzen bestehen, müssen sie auf dem Wege der Verständigung beseitigt werden. Für uns Sozialdemokraten sind die Grenzen nicht Trennungswälle,“

sondern Brüden, über die wir uns näherkommen, uns begegnen, verstehen lernen wollen, Brüden, die von einer Kultur in die andere führen sollen. So wie ich Sie bitten muß, die Forderungen deutscher Chauvinisten, die am liebsten ganz Belgien annektiert hätten, nicht dem deutschen Volke auf das Konto zu schreiben, so dürfen Sie überzeugt sein, daß das deutsche Volk nicht daran denkt, ganz Dänemark verantwortlich zu machen für Ihre Nationalisten, die die Grenze am allerliebsten wohl südlich von der Eider ziehen möchten. Narren gibt's in allen Ländern."

Ich bin oft in Dänemark gewesen und werde immer gern wieder hingehen, um für das vergewaltigte Deutschland zu sprechen. Noch mitten im tollsten Kriege habe ich in Dänemark schon bei den ersten Schritten zur Einleitung der deutschen Kinderhilfe mitwirken können. Ich weiß, was das kleine Land für uns getan hat und was es weiterhin zu tun gewillt ist. Deshalb finde ich es geradezu unerhört, wenn — glücklicherweise ganz vereinzelt — sogar der Vorwurf erhoben worden ist, daß die Kinderhilfe zu nationalistischen Zwecken ausgenutzt werde. Diese Kinderhilfe ist von Sozialdemokraten eingeleitet und dauerte bis auf den heutigen Tag geleitet worden. Meinen vortrefflichen Freund J. C. Nielsen, der in ganz Dänemark der „Deutsche-Kinder-Vater“ genannt wird, für den Zehntausende deutscher Kinderhergen in Dankbarkeit schlagen, als den Leiter des Unternehmens kennen und dann von nationalistischen oder chauvinistischen Beirerungen reden hören — das ist politischer Blödsinn auf Stelzen.

Es ist bedauerlich, wenn auch fernerhin auf Grund falscher Informationen gegen Dänemark Vorwürfe erhoben werden, die lediglich an die Adresse der dänischen Chauvinisten gerichtet werden dürfen. Wir Deutschen bedanken uns dafür, für die Politik des Herrn Bulle verantwortlich gemacht zu werden. Dasselbe Recht aber hat das dänische Volk, dem wir zu großem Danke verpflichtet sind.

Fechenbach und der Reichstag.

Das Ergebnis der zweitägigen Debatte über die Fechenbach-Interpellation der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion war moralisch ein vollkommener Sieg, materiell wenigstens ein Anfangserfolg. Die bayerische Regierung hat sich durch den Mund ihres Vertreters bereit erklärt, in eine neue Prüfung des Falles einzutreten, falls ihr durch ein Begnadigungsgesuch dazu Gelegenheit gegeben werde. Der Reichstag hat zum Schluß einstimmig einen vom Abg. Bell vortrefflich begründeten Antrag des Zentrums angenommen, „die Reichsregierung zu ersuchen, die Reform des Strafprozesses möglichst zu beschleunigen, um dadurch die vollständige Rechtseinheit auf strafprozessualen Gebiet für Deutschland herbeizuführen“.

Im Zusammenhang mit dem Fall Fechenbach bedeutet das folgende: Durch die Verabschiedung der Strafprozessreform wird die bayerische Verordnung über die Volksgerichte aufgehoben, und damit lebt auch das durch sie abgeschaffte Recht auf Wiederaufnahme des Verfahrens wieder auf. Es könnte also dann im Fall Fechenbach ein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt werden, der jetzt noch rechtlich unzulässig ist. Somit eröffnen sich zwei Wege zur Befreiung der Beurteilten, die Wiederaufnahme des Verfahrens und die Begnadigung. Der zweite könnte sofort beschritten werden, wenn sich die Beurteilten dazu entschließen, ihn zu betreten. Mit Recht hat Genosse Kadbruch in seinem glänzenden Schlusswort hervorgehoben, daß ein Begnadigungsgesuch in diesem Falle nicht als eine Bitte um Gnade, sondern als eine Forderung nach Wiederherstellung des getränkten Rechts zu betrachten wäre.

Daß die Beurteilten die über sie verhängten entsetzlichen Zuchthausstrafen zu Ende verbüßen könnten, erscheint nach dem Ergebnis der Reichstagsverhandlungen als so ziemlich ausgeschlossen. Aber der Gedanke, daß danach ihre Befreiung noch lange auf sich warten lassen könnte, ist unerträglich. Herr Bell vom Zentrum hat das einzig Richtige getroffen, indem er — unter stürmischem Beifall der Sozialdemokraten — die sofortige Freilassung der Beurteilten forderte. Diese Forde-

Das Rathenau-Haus.

Draußen im Grunewald, am äußersten Ende der Königsallee, liegt das Wohnhaus Walter Rathenaus, das die greise Mutter des Ermordeten dem Deutschen Reich zum Geschenk gemacht hat. Der Reichskunstwart Dr. Redlob zeigte es gestern den Vertretern der deutschen Presse.

Rathenau hat sich sein Haus in den Jahren 1909—10 selber erbaut. Er war Baupolier, Baumeister und Innenarchitekt in einer Person. So trägt das Haus bis in alle Einzelheiten den Stempel seines persönlichen Geschmacks und es ist darüber hinaus ein Symbol seines persönlichen Wesens und Geistes. Wie er, der keine vulkanische geniale Natur, sondern ein überaus fein organisierter Verstandesmensch war, sich seinen Tag flüchtig und streng einzuteilen pflegte, so beruht auch in der Raum- und Flächenverteilung und in der Anordnung der Farben eine ruhige, klare, man könnte fast sagen klassische Harmonie. Der Empirist, in dem die Mehrzahl der Zimmer und Säle gehalten ist, entspricht dieser Geschmacksrichtung und innerlichen Wesenart Rathenaus. Und man sieht, daß die Möbel und Geräte aus Agropaters Hausart nicht etwa als Fremdkörper in das Milieu dieses modernen Menschen gestellt sind, sondern daß er in unmittelbarer Verbindung, in freundschaftlichem Verkehr mit diesen Dingen lebte. Keine Spur von Snobismus föhrt den einheitlichen organischen Zusammenhang und Zusammenklang des Ensembles.

Arbeit und Erholung fließen für Rathenau ineinander. Der Genuß des Daseins bestand für ihn in einem liebevollen Sichverlassen in die feinsten Offenbarungen alter, neuer und neuester Kultur. Als gediegener Kunstsinnler von ganz persönlicher Eigenart schloß er sich Verbindungen mit der Kultur der Vergangenheit, aber auch mit der der eigenen Zeit. Er hielt es für seine Pflicht — das hat er seinen Freunden gegenüber immer wieder betont —, einen Teil seiner reichen Einkünfte regelmäßig zum Ankauf von modernen Kunstwerken zu verwenden. Er hat das erste Gemälde von Corinth erworben zu einer Zeit, als der Name dieses Künstlers erst wenigen bekannt war. Bedeuten, Otto Müller, Willi Soedel unterstützte er, als die breite Öffentlichkeit den Expressionismus noch für eine lächerliche Verirrung hielt. Seine Relationen, aber sehr gut gewählte Bibliothek enthält neben den Klassikern, geschichtlichen, staatswissenschaftlichen und religionsphilosophischen Werken die Dichtungen der neuen deutschen Literatur von Gerhart Hauptmann bis Friedrich von Unruh.

Arbeit und Erholung waren ihm eins. In mehreren Zimmern stehen Bücherregale und Schreibtische, und sogar der Schlafraum, dessen Wände selbstgemalte dekorative Landschaftsbilder zieren, birgt eine kleine Bibliothek. Auf dem Rasenplatz neben dem Haus liegt noch der Band Blutarth, in dem er abends vor seiner Ermordung gelesen hat. Die geistigen Genüsse, die seine Ruhestunden ausfüllten, galten ihm mehr als eine bloße Erholung. Rathenau wollte den kultivierten Genießer und den Mann der beruflichen Praxis nicht voneinander trennen. Alle Kultur soll in den Dienst der Praxis gestellt werden, und die Praxis soll der Kultur dienen und von ihr durchdringt sein.

Zur Pflege dieses Geistes und dieser Sinnesart ist die Stiftung des Rathenau-Hauses bestimmt. Es soll als Denkmal einer Wohnkultur erhalten bleiben, die, mit dem Goethe-Haus in Weimar be-

ringung, die eine Forderung nicht der Parteipolitik, sondern des ursprünglichsten Rechtsgefühls ist, wird nicht verstummen, solange sie nicht Erfüllung gefunden hat.

Nuntius Pacelli in Berlin.

Wie wir hören, trifft heute vormittag der Nuntius Pacelli aus München in Berlin ein. Er hat seinen Besuch beim Reichskanzler Cuno angefragt. Der Nuntius, der auch als Vertreter des Vatikans bei der Reichsregierung beglaubigt ist, wird vermutlich die Aufgabe haben, dem Kanzler den Inhalt des bekannten Papstbriefes zu erläutern und gleichzeitig die Weisung des Kardinalstaatssekretärs zu erfüllen, der im Namen des Papstes von der deutschen Regierung eine entschiedene Verurteilung der Sabotageakte im besetzten Gebiete fordert.

Wir behalten uns natürlich vor, auf diese eminent wichtige, von uns bereits wiederholt behandelte Frage zurückzukommen, sobald die Ergebnisse der heutigen Unterredung vorliegen.

Die Express-Korrespondenz meldet: Reichskanzler Dr. Cuno hat am Dienstagabend die Führer der Reichstagsfraktionen zu einer Besprechung zu sich gebeten. Es liegt die Vermutung nahe, daß Gegenstand der Besprechungen die Vorstellungen sein werden, die der Vatikan wegen der Sabotageakte im Ruhrgebiet bei der Reichsregierung erhoben hat.

Rom, 3. Juli. (E.) Die neue Kundgebung des Papstes über die Ruhr in Form eines Telegramms des Kardinalstaatssekretärs an den Nuntius in München bildet in politischen Kreisen Roms den Gegenstand lebhafter Aufmerksamkeit, da es ganz ungewöhnlich ist, daß der „Observatore Romano“ diplomatische Telegramme des Papstes an die Vertreter des Vatikans im Auslande veröffentlicht. Das vatikanische Organ legt der Veröffentlichung eine Einleitung voran, wonach es die Tragweite des Dokuments als eine freiwillige Reaktion des Papstes auf das Bombenattentat gegen den Ulauberg von Dulsburg bezeichnet. Die römischen Blätter bezeichnen jedoch die Veröffentlichung als eine Folge des Besuches des französischen Botschafters Jannart beim Vatikan und besprechen sie eingehend in diesem Zusammenhang.

Die ungewöhnliche Veröffentlichung des „Observatore Romano“ hat folgenden Wortlaut:

„Schmerzlich betroffen von dem Attentat, das am 30. Juni auf der Eisenbahnstrecke Dulsburg—Krefeld begangen worden ist und zahlreiche Opfer forderte, hat der heilige Vater sein Bedauern über diesen blutigen Sabotageakt ausgedrückt und am 1. Juli Monsignore Pacelli, dem päpstlichen Nuntius in München, das Telegramm geschickt.“

Oberst Bauer gegen das Deutschtum.

Und Ludendorff?

Die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht nach der „Heilbronner Sonntagszeitung“ ein Schreiben des deutschpöhlischen österreichischen Generals Alfred Krauß, in dem dieser sich gegen das Treiben des in Wien lebenden kappistischen Obersten Bauer wendet. Krauß wirft Bauer vor, er lasse sich in dem Bestreben, den „Völkchewisimus“ niederzukämpfen, mit allen möglichen Feinden des Deutschtums ein-

So hat er Bedingungen in Ungarn eingegangen und dafür in weiten Kreisen Deutschlands Stimmung für die Preisgabe des Burgenlandes an Ungarn gemacht. Er hat mit dem allgemein bekannten und berüchtigten englischen Spion Trebitsch Lincoln, einem ungarischen Juden, trotz aller Warnungen Freundschaft geschlossen und mit ihm gearbeitet. Er hat mit Mussolini, der jetzt seine Freundschaft für das deutsche Volk betätigt, Beziehungen angeknüpft; er hat zusammen mit dem russischen General Biskupski versucht, mich für den Plan einer bayerisch-österreichisch-ungarischen Union unter Wittelsbach mit Lösung Süddeutschlands vom Reich mit scheinbarem Eingehen auf die französischen Trennungspläne zu gewinnen, wozu eben Oesterreich auf das Burgenland verzichtete und 400 000 ferndeutsche Bauern der weiteren Majorisierung ausliefern sollte — eine merkwürdige Be-

ginnend, hier, in einem Berliner Heim, ihren vorläufigen Abschluß gefunden hat. Denn die Gegenwart und nächste Zukunft wird eine weitere Pflege und Ausübung dieser Kultur kaum gestatten, die innerlich einfache Menschen sich als Grundlage für ihre Arbeit geschaffen haben. Inwiefern soll das Rathenau-Haus aber eine Stätte der Forschung werden. Die hier aufbewahrete Literatur, die sich mit der Veran und dem Wirken Rathenaus beschäftigt, ist bereits sehr umfangreich, und der Briefwechsel des Verstorbenen hat namentlich für die wirtschaftsgeschichtliche Forschung hohe Bedeutung. Eine „Rathenau-Gesellschaft“ soll die Bewertung dieses Materials in die Hand nehmen. Einige größere Räume können als Orte für Konferenzen und Besprechungen dienen, und der Reichskunstwart hat zum Schluß die Vertreter der Presse, nach dieser Richtung hin gelegentliche Anregungen zu geben. Für den Besuch des großen Publikums kann das Haus vorläufig nicht geöffnet werden, da es an dem notwendigen Aufsichtspersonal mangelt.

Die Not der Volksbüchereien.

Von jeher sind die Volksbüchereien als Gegenstand der kommunalen Verworsung hinter anderen städtischen Einrichtungen zurückgeblieben. Wie wenig die Städte für ihr Büchereiwesen aufgewendet haben, geht am besten aus einer Vergleichung mit dem Schulwesen hervor: die Aufwendung für eine einzige Volksschule betrug und beträgt das Dreifache der Aufwendungen für die Volksbücherei.

Bei der Aufstellung des Etatentwurfs für die Groß-Berliner Stadt- und Volksbüchereien wurde die im September 1922 maßgebende Schlüsselzahl 60 zugrunde gelegt; obwohl die Schlüsselzahl bereits im Mai 1923 auf 300 gestiegen war, wird der Büchereianschlagsetat doch nur mit 15 multipliziert, statt mit 50.

Da die Volksbüchereien im Gegensatz zu den wissenschaftlichen Bibliotheken den Charakter von Verbrauchsbibliotheken tragen und damit rechnen müssen, daß ein großer Teil ihrer Bestände nach mehrjähriger Benutzung materialisiert werden muß, gehen die Büchereien mangels planmäßiger regelmäßiger Auffrischung durch Neuananschaffungen tatsächlich zugrunde. Sie veralten nicht nur, sondern sie verschwinden überhaupt, werden bis auf geringe unbrauchbare Reste tatsächlich zerlesen. In zahlreichen Büchereien befinden sich bereits jetzt die Bestände in einem Zustande, der die weitere Benutzung beinahe unmöglich macht, besonders mit Rücksicht auf die völlig defekten Einbände, zu deren Wiederherstellung nur ganz geringe Mittel zur Verfügung stehen. Ein Beispiel mag zeigen, was dies alles für eine kleine bis mittelgroße Bücherei bedeutet: Angenommen sei ein Bestand von 8400 Bänden besterliterarischer Literatur. Jeder Band wird erfahrungsgemäß durchschnittlich zehnmal im Jahre entliehen und hält etwa 30 Entlehnungen aus. Danach würden von dem angenommenen Bestände jährlich 600 bis 800 Bände zu ergänzen sein. Der gesamte Anschlagsetat dieser Bücherei beträgt 5 Millionen, während allein zur Ergänzung der zerlesenen Exemplare, ohne Berücksichtigung des notwendigen Ausdauers usw. 6 bis 8 Millionen notwendig wären. Daß die Bücherei solche Zustände nur wenig Jahre aushalten kann, liegt klar auf der Hand.

Diesen Verhältnissen steht eine stark ansteigende Benutzung der Büchereien und Lesepöhlen gegenüber. Die Lesezahl

tätigung deutscher völkischer Bestimmung. Er entwickelte mir einen Plan zur Zertrümmerung der Tschechei von abenteuerlicher Art, dessen ganze Halloigkeit jedermann sofort erkennen mußte. Er geht nunmehr wieder in gleich phantastischer, jeder realen Grundlage entbehrender Weise gegen den Bolschewismus „von der Ostsee bis zur Adria“ vor... Den Herrn Obersten Bauer muß ich aber, meinem Gewissen folgend, als den schwersten Schädling des deutschen Volkes in Oesterreich bezeichnen...“

Auf die nahen Beziehungen zwischen Bauer und Ludendorff weist der General Krauß selbst in seinen Ausführungen hin. Bauer war nicht nur während des Krieges Ludendorffs politischer Ratgeber im Großen Hauptquartier, er war nicht allein während des Kapp-Putsch Ludendorffs Exponent in der Reichskanzlei und im Reichswehrministerium, sondern er ist auch nach seiner Flucht Ludendorffs Vertrauensmann in Budapest und Wien geblieben. Wie stellt sich nun Ludendorff selbst zu diesen schweren Anklagen gegen seinen Intimus Bauer? Eine klare Antwort darauf ist Ludendorff um so mehr schuldig, als die Rolle, die sein anderer Intimus Böchner in der Fuchs-Machhaus-Verschwörung gespielt hat, höchst verdächtig erscheint.

Fügt man diesen detaillierten Anschuldigungen noch die Tatsachen hinzu, daß die Leute um Ludendorff die besten Agitatoren für Poincaré sind, dann wird man sich einen Begriff davon machen können, wie schädlich für die Interessen des Deutschtums das völkische Treiben dies- und jenseits der bayerischen Grenze ist.

Hiller endlich inhaftiert.

Der frühere Oberleutnant der Reserve Hiller, der wegen Mißhandlung gegen untergeordnete Soldaten zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden ist, verhielt, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, die Strafe seit dem 2. Juli 1923, also erst nachdem in in der Presse wiederholt auf die sehr merkwürdige Tatsache hingewiesen wurde, daß der Bravo noch immer in Freiheit herumlaufe.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Der Vorkommerrat des Reichstags beschäftigte sich am Dienstag mit dem Verlangen der Sozialdemokratie nach Erörterung der Steuerfragen und der innen- und innenpolitischen Lage nach vor Beginn der Sommerferien. Es wurde beschlossen, die Besuche über Auswertung der indirekten Steuern am Donnerstag zu beraten. Zu diesem Punkt der Tagesordnung wird Genosse Herz sprechen, der keinen Zweifel darüber lassen dürfte, daß sich unsere Fraktion nicht eher mit einer Vertagung einverstanden erklären wird, als die Frage des werbeständigen Lohnes eine endgültige Regelung gefunden hat. Ueber die Erörterung der innen- und außenpolitischen Lage werden die Fraktionsführer am Mittwoch mit der Regierung verhandeln. Am Donnerstag tritt der Vorkommerrat dann nochmals zusammen, um eine Entscheidung darüber zu treffen, ob in dieser Woche noch eine außerpolitische Debatte stattfinden soll. Nach Beendigung dieser Debatte hofft man eine Vertagung vornehmen zu können, deren Dauer noch festgesetzt werden wird.

Der Verfassungstag.

Die Abhebung der Vorlage über den Nationalfeiertag von der Tagesordnung der Montagssitzung des Reichstags hat bei den republikanischen Verbänden die Befürchtung geweckt, daß der Begehentwurf vor den Reichstagsferien nicht mehr verabschiedet und der 11. August, der Jahrestag der Weimarer Verfassung, auch in diesem Jahre nicht als offizieller Feiertag bezangen wird. Das Präsidium des Deutschen Republikanischen Reichsbundes hat an die verfassungstreuen Parteien den Wunsch gerichtet, noch vor den Ferien die Vorlage zu verabschieden. Sollte diese Mahnung keinen Erfolg haben, so will der Reichsbund durch die ihm angeschlossenen großen wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen einen Volksentscheid über den Nationalfeiertag herbeiführen. Die nötigen Vorbereitungen dazu sind schon getroffen.

wächst, da die Büchererzeugung dem Mittel- und Arbeiterstande die Anschaffung von Büchern immer schwerer, nachgerade fast unmöglich macht. Anreuzend auf die Benutzung der Bücher wirken ferner die achtstündige Arbeitszeit, die Förderung der Volkshochschule und ähnlicher volksbildnerischer Einrichtungen, nicht zuletzt auch der Umstand, daß zahlreiche Volksbibliotheken eingehen und ihre Leser in die Volksbüchereien abwandern.

Die Kommunen, denen immer die Hauptlast für die Erhaltung der volkstümlichen Büchereien oblag, haben unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen, da sie in steuerlicher Hinsicht völlig unselbständig geworden sind. Die staatlichen Unterstellungen für Volksbildungszwecke sind so gering, daß sie für die Volksbüchereien so gut wie gar nicht ins Gewicht fallen. Ueberall wird Abbau versucht, vielfach ist er bereits erfolgt. Die bisher vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin unterhaltene Büchereischule ist in diesem Frühjahr eingegangen, ebenso die „Zentrale für Volksbücherei“. Von den städtischen Volksbüchereien in Berlin sind bereits 9 geschlossen, ferner die 6 städtischen Kinderbüchereien auf halben Dienst oeleht worden. Der Personalbestand der meisten Büchereien ist gefährdet. Von jeher ist das Personal aller Volksbüchereien außerordentlich gering gewesen: 6 städtischen Kinderbüchereien auf halben Dienst gesetzt worden. Der von dem Volksbüchereipersonal verlangte Dienst muß als besonders anstrengend bezeichnet werden, abgesehen von der Ueberlastung in den Ausleihstunden, besonders auch deshalb, weil er meistens zur Hälfte auf die Nachmittags- und Abendstunden fällt.

Anfänglich dieser deutsche Kulturarbeit auf Schwerste gehenden Verhältnisse darf man wohl erwarten, daß Reich, Länder und Kommunen schleunigst alles daran setzen, um dem drohenden Ruin des Volksbüchereiwesens durch Bereitstellung ausreichender Mittel noch in letzter Stunde zu verhindern.

Das Volkslied in der Volksbühne. Es gibt verschiedene Methoden, den Geschmack seiner Römischen zu verderben. Der Sommerdirektor Heinrich Reit kommt in dem Buch für abgelebte Bühnenstücke rum und angelt sich das mit Recht verhaßte Volkslied „Hofenraths Erben“ heraus. Lange hat er nicht zu haken brauchen. „Mein Popo!“ lag daneben, der vorher über die Bretter gegangen war. Genäh, mal sehnst sich der Mensch nach leichter Kost, man braucht ihm nicht immer literarisch zu kommen. Aber die Volksbühne ist auch unter der Sommerreaktion kein Sommertheater im Garten, wo es während der Vorstellung Sodamurt mit Kartoffelalat gibt. Wer ins Variete geht, weiß, was ihm bevorsteht. In der Volksbühne erwartet der Besucher etwas anderes.

Vor Jahrzehnten hat das Volkslied vielleicht seine Existenzberechtigung gehabt. Heute sind wir aber doch etwas weiter. Wir merken, wie verlogen und noch Effekten habend das Genre ist. Und das ist das Schlimme: nicht alle merken es, einige glauben da wirklich ein Stück Leben zu sehen. Machen wir doch endlich einen Schritt unter diese Gattung Berliner Nährpöste, in der es sich immer um denselben Stoff handelt: Der Bürger will hoch hinaus, sucht den Umgang mit der Aristokratie, aber Herz und Gemüt finden sich bloß im Handwerkerstand: Der Kintopp ist über diese Art Pseudoromantik längst hinaus, das sollte sich die Bühne merken. Die Schauspielerei sucht, soweit es ging, den spinnwebigen Staub

Das abgeschlossene Ruhrgebiet. Die Lebensmittelversorgung gefährdet.

Essen, 3. Juli. (W.B.) In der vergangenen Nacht ist die Verkehrsperre schärfstens durchgeführt worden. Es ist unmöglich, vom besetzten in das unbesetzte Gebiet zu gelangen. Vor allen Dingen ist es den Arbeitern unmöglich, ihre Arbeitsstätten zu erreichen. Auch die Lebensmittelversorgung ist sehr schwierig geworden. Die Verkehrsperre in Duisburg, Mülheim und Oberhausen übt auf die Lebensmittelversorgung des Industriegebietes eine geradezu vernichtende Wirkung aus. Die Stadt Duisburg ist beinahe mit ihren großen Lagerhäusern und Speichern die Vorratskammer für das ganze Industriegebiet. Da auch der Eisenbahnverkehr von Duisburg vollständig unterbunden ist, ebenso der Straßenbahnverkehr vollständig stillgelegt ist, ist es überhaupt nicht mehr möglich, das Industriegebiet vom Duisburger Hafen aus mit Lebens- und Futtermitteln zu versorgen. Duisburg-Ruhrort ist ferner auch die Durchgangsstraße zu den großen Lebensmittelabriken der rechten Rheinseite. Die Zufuhr von Zucker, Öl, Kaffee usw. ist hierdurch vollständig unterbunden. Auch wenn die Verkehrsperre nur kurze Zeit bestehen sollte, so kommt es doch zu ganz erheblichen Störungen in der Lebensmittelversorgung. Die Kartoffelnote verschärft sich im Ruhrgebiet in erschreckender Weise. Ein Zentner Kartoffeln wird bereits mit 70 000 M. bezahlt.

Elsfeld, 3. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Kommandant in Hohenzollern hat die Stilllegung der Elberfelder Schwebebahn, deren Endpunkt im unbesetzten Gebiet liegt, ab Dienstag mittags 12 Uhr verfügt. Verhandlungen sind bisher ohne Erfolg geblieben. Durch die Stilllegung der Schwebebahn wird der Verkehr im Buppertal und im Bergischen Land vollständig unterbunden. In Hengstler dürfen nur Personen passieren, die aus dem unbesetzten Gebiet kommen und ins unbesetzte Gebiet wollen. Alle anderen werden in einer Blechbude festgehalten und zurückgeschickt. Durch die neuesten Maßnahmen ist die Lebensmittelversorgung im Einzugsgebiet ernstlich gefährdet. Das trifft besonders für die Bezirke Essen und Gelsenkirchen zu. Der Regierungspräsident von Köln wurde bei dem englischen Kreisdelegierten vorgestellt, um eine mildere Handhabung der von den Franzosen erlassenen Verkehrsbestimmungen, speziell für den Brückenkopf Köln zu erwirken. Der englische Kreisdelegierte sagte zu, einen entsprechenden Versuch zu machen und hat sich sofort mit den maßgebenden Stellen in London in Verbindung gesetzt. In London wird augenblicklich, wie uns von englischer Seite mitgeteilt wird, über die Angelegenheit beraten. Ein Resultat liegt noch nicht vor. Wie die Generaldirektion selbst mitteilt, soll der Verkehr Köln-Düsseldorf-Bonn und der Verkehr Bonn-Düsseldorf-Köln in Form eines Pendelverkehrs, wenn auch nicht planmäßig, aufrechterhalten werden. Berliner Post ist am Montag und Dienstag nicht eingetroffen. Zeitungen werden ebenfalls ins besetzte Gebiet nicht zugelassen. Das sozialdemokratische „Sozialer Volksblatt“, das in Elberfeld gedruckt wird, kann deshalb nicht erscheinen.

In Bottrop haben die Franzosen durch Platanenschlag angeordnet, daß sämtliche Wirtschaften für die Dauer von 4 Wochen ab 3. Juli zu schließen sind, und die Straßenbahn ihren Verkehr für 14 Tage einzustellen hat. Der angelegte Grund hierfür ist ein Unfall eines französischen Kraftwagens, der in der Nacht vom 29. zum 30. Juni gegen einen auf einer Hauptverkehrsstraße am Bahnhof Bottrop-Nord liegenden Stein fuhr, wobei einige Insassen erheblich verletzt wurden.

Sanktionen für das Mainzer Attentat.

Paris, 3. Juli. (W.B.) Wie Havas aus Koblenz meldet, sind infolge des angeblichen Attentats beim Mainzer Tunnel drei Personen verhaftet worden, die beschuldigt werden, am dem Attentat teilgenommen zu haben.

Paris, 3. Juli. (W.B.) Wie die Morgenblätter aus Mainz berichten, ist infolge des Bombenattentats gegen den Mainzer Tunnel und eines angeblichen zweiten Attentats, das durch Auflegen eines 15 Kilogramm schweren Eisenstücks auf die Eisenbahnschienen erfolgt

von dem Schmarren heruntergeworfen. Es sind zu nennen: Heinz Hilpert mit einer Bombenrolle, der geflüchtete Bernhard Reichig als immer lustiger, leichtlebiger Intrigant, Elise Bäck und Heria Ruh.

Da kommt ein Couplet vor mit dem Refrain: „Das ist die Post von Berlin.“ Und dann heißt es: „Das ist das Trauerspiel von Berlin.“ Jawoll, es ist ein Trauerspiel mit dem Repertoire an den Berliner Bühnen!

Die Malariaerkrankung in Deutschland. Schon während des Krieges hatte es sich in manchen Gegenden, hauptsächlich im Elsaß, Baden und Württemberg gezeigt, daß die Fiebermücken, die Anopheles, in Deutschland viel verbreiteter sind als dies bis dahin angenommen wurde. Als nach Beendigung des Krieges viele Tausende von mit Malaria infizierten Truppen in die Heimat zurückströmten, schien zunächst die Möglichkeit gegeben, daß es bei uns in der Heimat zu einer Einschleppung und einem größeren Ausbruch der Malaria kommen würde. Derartige Erwägungen führten dazu, in den einzelnen Bundesstaaten Erhebungen über das Vorkommen und die Häufigkeit der Fiebermücken anzustellen und nach Möglichkeit die letzten Gegenden ausfindig zu machen, die für eine epizootische Ausbreitung der Malaria besonders geeignet erscheinen. Dr. F. Gäßler vom Forschungsinstitut für angewandte Zoologie in München hat für Bayern diese Untersuchungen durchgeführt und er betont in der Zeitschrift „Desinfektion“, daß ihm die Gefahr einer Einschleppung der Malaria in unserm Vaterlande, trotzdem es eine allgemeine Verbreitung der Fiebermücken bis ins Hochgebirge hinauf festgestellt konnte, nicht gegeben erscheint. Nur zwei oder drei solcher Fiebermücken kommen für die Übertragung der Malaria in Frage und gerade bei diesen beiden Arten hat die Untersuchung ergeben, daß die Fiebermücken nicht in sehr großer Zahl vorhanden sind, und dann überall eigentlich mehr Parasiten des Viehes als des Menschen sind. Die Bekämpfung der Fiebermücken und der Hausfliegen ist aber natürlich trotz dieser Feststellungen nötig, sie geschieht in Stallungen am besten durch Abspritzen mit Anseflügel, einer Methode, die nach den Erfahrungen Gäßlers sowohl dem häufig geübten Abklopfen als auch Durchlösungen mit Schwefelkohlenstoff und Blausäure vorzuziehen ist.

Bürgerliche Kultur anno 1923. Die neuen Reichen machen als Kunststücken die femischste Figur. In einem Baden in der Bellevuestraße kommt, so lesen wir im „Querschüt“, ein Ehepaar aus Wamburg und verlornt einen typischen Trüber. Man zeigt ihnen ein Stornberger-See-Bild. Darauf der Mann: „Nein, für Trüber sind doch die Figuren das Charakteristischste.“ Darauf bekommt sie eine naturalistische pudelackte Frau zu sehen, irgendein Modell im Walde. Nun aber die Gattin: „Ob ich so'n Bild in meinem Salon hänge, lasse ich mich lieber selber malen.“ — In eine andere Berliner Kunsthandlung kommt ein Ehepaar. Es will ein Barock-Eheminne kaufen. Man zeigt ihnen ein sehr hübsches Danziger Zimmer. Darauf die Frau zu ihrem Mann, die Augen zuweisend, als wenn sie sagen wollte, daß der Verkäufer ein Idiot sei: „Barock ist doch grün.“

Eine neue sibirische Zeitschrift. Im Verlag Friedrichs-Dreslau erscheint eine Zeitschrift für Kunst, Kultur, Politik. Der neue Osten, zu deren Mitarbeitern u. a. Hermann Eber, Max Hermann-Reiffe, Paul Bernad, Heinrich Dominik, Alfred Fein und der Herausgeber Alfons Daudert zählen.

sein soll, angeordnet worden, in Mainz und Borovien jeden Verkehr, mit Ausnahme der Straßenbahn und dem Fußgängerverkehr, zu verbieten. Alle öffentlichen Lokale werden ab 9 Uhr geschlossen. Fünf angesehene Bürger wurden ausgewiesen.

Sachsen und die bayerischen Volksgerichte.

München, 3. Juli. (Eig.) Im bayerischen Landtag gab heute das Justizministerium auf eine Anfrage der Bayerischen Volkspartei Auskunft über die Differenz mit der sächsischen Regierung bezüglich der Rechtsgültigkeit der bayerischen Volksgerichte. Die Antwort des bayerischen Justizministeriums bestätigt die Richtigkeit der Pressemitteilungen, wonach der sächsische Justizminister die ihm unterstellten Staatsanwaltschaften angewiesen habe, Rechtshilfeersuchen nur noch denjenigen bayerischen Volksgerichten zu entsprechen, die auf Grund der neuesten bayerischen Ausnahmeverordnungen die Rechtspflege ausüben. Das bayerische Justizministerium verwies demgegenüber darauf, daß sowohl Reichsgericht wie auch Reichsregierung wiederholt die bayerischen Volksgerichte anerkannt haben. Das sächsische Justizministerium ist deshalb ersucht worden, den Erlaß aufzuheben, weil er gegen das Reichsrecht verstoße. Eine Antwort auf dieses Ersuchen liegt vom sächsischen Justizministerium noch nicht vor. Im übrigen stellt sich nach Mitteilung der bayerischen Justizverwaltung das sächsische Vorgehen als eine leere Demonstration ohne praktische Bedeutung dar. Seine Folge konnte nur die sein, daß, da die Volksgerichte in der Hauptsache Gerichte für die schwere Kriminalität sind, Sachsen den Verbrechern ein Asylrecht einräumen würde.

Freunde des neuen Russland.

Am 27. Juni gab die „Gesellschaft der Freunde des neuen Russland“, die sich kürzlich in Berlin begründet hat, ihre erste Veranstaltung. Dr. Adolf Behne, der bekannte Kunsthistoriker, sprach über die Entwicklung der russischen Kunst. Der Geograph Dr. Fühner wies auf die großen Entwicklungsmöglichkeiten hin, die in Russland vorhanden sind und die nicht nur für das russische Volk selbst, sondern auch für Deutschland und für alle anderen Kulturnationen von großer Bedeutung wären. Der berühmte russische Mathematiker Prof. A. N. Kryloff sagte, daß die Gründung dieser Gesellschaft in Russland wie in Deutschland die dankbarste Anerkennung finden werde. Er betonte, daß es schon zur Zeit Peters des Großen ein deutscher Gelehrter gewesen wäre, Leibniz, welcher für diesen Herrscher die Statuten der Akademie der Wissenschaften verfaßte, und daß deutsche Gelehrte es waren, welche durch ihre Mitwirkung an der Förderung der russischen Wissenschaft großen Anteil hatten.

Den Schluß der Veranstaltung bildete die Vorführung einer Reihe von Lichtbildern, die den Schutzhilfen und die Fürsorge für die Kinder im neuen Russland illustrierten. In das Komitee der Gesellschaft erklärten ihren Beitritt: Dr. Adolf Behne, Prof. Albert Einstein, Prof. Eihbächer, Verleger S. Fischer, Dr. Herbert Ihering, Intendant des Schauspielhauses Leopold Jessner, Schriftsteller Bernhard Keller, Reichstagspräsident Löbe, Prof. Liepmann, Prof. Markwald, Moriz Melzer, Prof. Oesterreich, Oberstadtschulrat Paulsen, Präsident Ricket, Verleger E. Rowohlt, Bankier Hugo Simon und Justizrat Werthauer. Sekretär der Gesellschaft ist Lehmann-Lucas, Berlin NW., Wilsnader Straße 16 I I.

Die Gesellschaft ist laut Programm parteipolitisch vollkommen neutral und will der Förderung der deutsch-russischen Beziehungen dienen, ohne zu den Problemen der russischen Regierungspolitik irgendwie Stellung zu nehmen.

Das Moorschutzgesetz im Landtag.

In der gestrigen Sitzung des Landtags folgte nach Ueberweisung zahlreicher, dem Hause vorliegender Vorlagen an die in Frage kommenden Ausschüsse die zweite Beratung des Moorschutzgesetzes, das nach längerer Aussprache im wesentlichen in der Ausschussfassung angenommen wurde. In zweiter und dritter Lesung angenommen wurde eine Vorlage, die die Bewilligung von 100 Milliarden Mark zur Erschließung der Elbinsel Wilhelmshagen und für den Bau eines Kanals durch den Ostteil der Insel vorsieht. Die nächste Sitzung des Landtags findet am Mittwoch 12 Uhr statt.

Der Kabinettsrat des Landtages beriet am Dienstag über die Geschäftstage. Man will in dieser Woche bis zum kommenden Donnerstag sitzen. Ferner sollen weitere Plenarsitzungen stattfinden am Dienstag und Mittwoch nächster Woche, um die Vorlagen, die den Ausschüssen beschickten, nach ihrer Erledigung im Ausschuss im Plenum zu verabschieden. Das Haus will sich dann bis zum 11. September vertagen. Am 11. September will es zu einer kurzen Tagung wieder zusammenzutreten, um u. a. auch die Ausführungsbestimmungen zum Landesfeuergesetz zu beraten und zu verabschieden. Die Wintertagung wird voraussichtlich Anfang Oktober beginnen.

Italien will weitervermitteln.

Rom, 3. Juli. (W.B.) Ministerpräsident Mussolini erklärte im Ministerrat die jüngsten Geschehnisse aus dem Gebiete der auswärtigen Politik und sagte dabei über die Ruhrfrage:

Die Lage an der Ruhr habe sich in den letzten Tagen verschlechtert. Einerseits dauere der passive Widerstand fort, andererseits sei die Befehlsausführung und verschärft worden durch Maßnahmen, die immer mehr politischen und militärischen Charakter annähmen. Die allgemeinen Rückwirkungen dieser Krise, die einen akuten Zustand erreicht zu haben scheint, lämen in den Nachbarländern der europäischen Welt zum Ausdruck, die einschließlich des englischen Pfundes sich im Vergleich zum Dollar unangenehm entwickelten. Das sehr edelmütige Eingreifen des Papstes im Interesse Europas und der Menschheit habe die Lage nicht verändert. Unmittelbar darauf sei die vom französischen Senat einstimmig gebilligte Rede Poincarés gefolgt und es habe sich ein Sabotageakt ereignet, der zahlreichen belgischen Soldaten das Leben gekostet habe. Danach sei keine Entspannung, sondern eine Verschlechterung der Lage eingetreten. Nach Lösung der belgischen Krise könne die diplomatische Aktion wieder aufgenommen werden. Italien beteilige sich an ihr unmittelbar und werde sich auch künftig nicht fernhalten, sofern das Problem auf den Weg einer vollständigen Lösung im Sinne der Vorschläge des Londoner Memorandums gebracht würde, zu dem auch die späteren Entwürfe nicht im Gegensatz ständen, nämlich die Verbindung des Reparationsproblems mit dem der internationalen Schulden, ein ausreichendes Moratorium für Deutschland, Festlegung eines endgültigen Zahlungsbetrages durch einen Plan, der vernünftige Zahlungen und ernste wirtschaftliche Bürgschaften enthalte und den

Verzicht Frankreichs auf die Befetzung der Ruhr in Aussicht nähme. Was den passiven Widerstand anlangt, so glaube Italien, daß Deutschland kein Interesse daran habe, ihn zu verlängern, da es nicht daran denken könne, Frankreich zu überwinden, noch auch die Illusion hegen könne, auswärtige Hilfe zu erlangen. Man müsse die Befestigung von Wohlwollen für eine Verständigung durchaus beschleunigen, da die Ruhrfrage auf der europäischen Wirtschaft schwer laste und den Wiederaufbau verzögere.

Die französische Antwort verschoben.

Paris, 3. Juli. (W.B.) Die Ueberreichung der französischen Antwort im Foreign Office ist im letzten Moment verschoben worden. In London nimmt man an, daß eine gemeinsame französisch-belgische Antwort überreicht werden soll, daß aber noch der Verlauf der heute stattfindenden belgischen Kabinettsitzung abgewartet werden mußte, ehe die belgischen Vorschläge in London den gemeinsamen Schritt tun können. Eine Havas-Meldung besagt, daß heute kein Besuch des Grafen St. Aulaire bei Lord Curzon vorgeesehen sei.

London, 3. Juli. (W.B.) „Poll Mail Gazette“ zufolge ist für morgen eine Kabinettsitzung anberaumt worden.

London, 3. Juli. (W.B.) Der Präsident der Handelskammer von Manchester, Clarence Lees, sagte in einer Ansprache an die Mitglieder der Handelskammer: Der Weg, auf dem Frankreich sich befindet, führe zur Zerstörung nicht nur Deutschlands, sondern auch Frankreichs, Großbritanniens und Europas. Das letzte deutsche Angebot habe eine neue Lage geschaffen. Deutschland erkläre sich bereit, nach seiner Leistungsfähigkeit zu zahlen, und biete alles, was es habe, als Bürgschaft an. Es sei nicht einzusehen, warum Frankreich zögern sollte, ein Abkommen auf dieser Grundlage anzustreben. Frankreich müsse begreifen, daß man nicht zu gleicher Zeit eine Politik der Zerstörung und des Wiederaufbaus verfolgen könne. Wenn Frankreich es ablehne, an einer Konferenz teilzunehmen, die eine Lösung bieten sollte, dann müßte die Konferenz trotzdem abgehalten werden. Die endlose Verzettelung habe die Geduld derer, die, wie die Einwohner Manchesters, unter den Folgen dieser Streitigkeiten zu leiden hätten, nahezu erschöpft.

Botschafterbesuche bei Lord Curzon.

London, 3. Juli. (W.B.) Das Reutersche Bureau erfährt, daß der belgische Botschafter heute abend eine einstündige Unterredung mit Lord Curzon im Foreign Office gehabt hat. Der Botschafter überreichte keine Note, erläuterte aber die belgische Auffassung betreffs der Ruhrfrage. Wie verlautet, haben sich bei der Unterredung neue Gesichtspunkte nicht ergeben. Lord Curzon lehnte in seiner Antwort noch einmal den britischen Standpunkt auseinander.

Nach Beendigung der Besprechung stattete der französische Botschafter St. Aulaire Lord Curzon einen Besuch ab. Eine vor den eben erwähnten Besprechungen ausgegebene Reuters-Note besagt, man halte es für möglich, daß die französische Regierung warten werde, bis die belgische Regierung ihre Antwort auf den britischen Fragebogen nach London geschickt habe, damit die beiden Antworten gleichzeitig übermittelt werden könnten. Da das Kabinett Theunis seine Amtsgeschäfte erst heute offiziell aufgenommen hat, rechnet man mit einer Verzögerung um ein bis zwei Tage.

Von französischer Seite ist Reuters mitgeteilt worden, der Zweck des Besuchs des französischen Botschafters beim Staatssekretär des Reuters sei nicht gewesen, einen bestimmten Plan in mündlicher oder schriftlicher Form zu übermitteln, sondern lediglich die Besprechungen fortzusetzen, die bereits stattgefunden hatten. Die in diesen Besprechungen gegebenen Erläuterungen der Auffassung Frankreichs würden dabei erweitert und wiederholt werden.

Die Duisburger Explosion in der belgischen Kammer. Theunis' Programmrede.

Brüssel, 3. Juli. (Eig.) Zu Beginn der Kammeritzung, die heute nachmittag stattfand, verurteilte der Kammerpräsident und sozialistische Abgeordnete Brunet in scharfen Worten das Attentat von Duisburg. Er erklärte, daß dieser Akt die Entrüstung des ganzen Landes hervorgerufen habe durch die Rohheit und die Feigheit, mit der er vollführt worden sei. Brunet fügte hinzu, die Kammer schließe sich dieser Entrüstung des Landes an. Im Namen der Regierung schloß sich der Kriegsminister dieser Erklärung an. Adornat betrat

Theunis

die Tribüne und verlas die Erklärung der neuen Regierung, deren hauptsächlichster Teil folgendermaßen lautet: „Die Regierung in derselben Zusammensetzung wie vorher legt Ihnen das gleiche Programm vor, das nur in den beiden Punkten, zu denen wir Ihnen vor der letzten Kabinettsitzung keine Vorschläge unterbreitet hatten (Center Universität und vierzehnmönatige Dienstzeit. Red. d. „B.“), ergänzt worden ist. Diese beiden Fragen interessieren aber das ganze Land, sie beschäftigen leidenschaftlich die öffentliche Meinung und es ist unbedingt notwendig, daß sie unverzüglich gelöst werden. Die Bekämpfung, die durch sie entstanden ist, muß beseitigt und die Gemüter beruhigt werden.“ Theunis wendet sich alsdann der auswärtigen Politik zu. Nach außen, so erklärte er, erhalten wir unsere wertvollen Freundschaften aufrecht und sind mit Anspannung aller Kräfte bemüht, die Reparationszahlungen, die man uns schuldet, zu erhalten. Diese Politik, die noch kürzlich von dem Parlament bei Gelegenheit der Abstimmung über das auswärtige Budget gutgeheißen wurde, ist bestrebt, den Versailler Vertrag zur Durchführung zu bringen. Wir beabsichtigen, wie schon in der Vergangenheit, in diesem Punkte ebenso den

Beweis großer Festigkeit wie auch großer Mäßigkeit

abzugeben, sobald es sich um die Verteidigung der Rechte und der Interessen Belgiens handelt. Die Regierung wird die größte Energie aufwenden, um Vergeltung zu erhalten für das schändliche Verbrechen, dem mehrere unserer Soldaten zum Opfer gefallen sind, und das die Entrüstung der zivilisierten Welt entfesselt hat. (Auch wir teilen diese Entrüstung — vorausgesetzt, daß es sich wirklich um ein Attentat handelt — durchaus, zumal solche Taten nur unschuldige Werkzeuge einer verblendenden Gewaltpolitik treffen. Aber die „zivilisierte Welt“ wird darüber nicht vergessen dürfen, sich über die Verbrechen und Gewalttaten zu entrüsten, die von den widerrechtlich ins Ruhrgebiet eingedrungenen französischen und belgischen Besatzungstruppen seit nahezu sechs Monaten verübt werden, ohne daß in Belgien, außer den Sozialisten, irgend jemand die Stimme dagegen erhebt. Red. d. „B.“)

Hinsichtlich der Reparationen, die wir notwendig haben, die uns versprochen wurden, die man uns schuldet, und deren Rechtmäßigkeit von den Alliierten wie auch von den Deutschen anerkannt wird, wird die Regierung durch die

Hartnäckigkeit ihres Schuldners

gezwungen, zu Zwangsmassnahmen zu greifen. Um diesen Schuldner zur Ausführung seiner Verpflichtungen zu bringen, wird die Regierung ihre Politik aufrechterhalten, bis unser Land Genugtuung erhalten hat. Sie wird ihre Anstrengungen fortsetzen, um unter den Alliierten ein Einverständnis zu erzielen, das die endgültige Lösung dieser für das Land lebenswichtigen Frage beschleunigen kann.

Gleichzeitig hat der Senat für die belgischen Opfer des Duisburger Attentats eine Sympathiebekundung veranstaltet und ebenfalls die Verlesung der Regierungserklärung angefordert.

Der Ehrhardtprozeß. Der Staatsgerichtshof hat, wie amtlich gemeldet wird, den Termin für den Prozeß gegen Ehrhardt endgültig auf den 23. Juli festgesetzt.

Gewerkschaftsbewegung

Kampfbeginn.

In der Metallindustrie ist nun trotz eines letzten Versuchs, den die Organisationsleitung der Metallarbeiter gemacht hat, der Kampf entbrannt. Schon stammt es auch in der Bauindustrie auf. Nachdem die Unternehmer den Schiedsrichter, der Löhne von 9500 M. festsetzte, abgelehnt haben, sind die Zimmerer in den Streik getreten. Die Bauarbeiter werden in der heute vorzunehmenden Urabstimmung zweifellos einen gleichen Beschluß fassen. Damit kommt eine unserer Schlüsselindustrien in Berlin durch die Schuld der Unternehmer zum Erliegen.

Der Streik der Holzarbeiter dauert mit unverminderter Schärfe an. Daneben gibt es zurzeit noch einige kleinere Branchenstreiks. In einer Reihe anderer Berufe ist die Situation äußerst gespannt. Aber auch da, wo die Lohnregelung bisher noch ohne offenen Kampf vorgenommen wurde, kann jeden Tag der Ausbruch des Streiks erfolgen. Denn alle Lohnregelungen sind nur von kurzer Dauer, selten noch länger als für eine Woche. Und jedesmal erfolgt der Abschluß eines Lohnabkommens mit dem erbitternden Gefühl, etwas völlig Unzulängliches geschlossen zu haben. Niemand ist befriedigt, kann befriedigt sein.

Alles ist insanken geraten. Unsere verfallende Finanzverwaltung, deren fössile Bureaucratie sich aber merkwürdig den beweglichen Interessen der Schwerindustrie und der Banken anpaßt, sieht gleichmütig unsere Papiermark unter der Wucht der allwöchentlich hinausgeschleuderten Billionen in den Abgrund laufen. Zweieinhalb Billionen allein in der letzten Woche, d. h. so viel als die Ausgaben des Deutschen Reiches vor dem Kriege in 500 Jahren betragen haben würden. Mit der Papiermark kaufen aber auch alle, die auf ihr stehen — und das sind heute alle Arbeitenden Deutschlands — in den Abgrund des Glucks und der Verzweiflung. Begreift man, warum wir die sofortige Einführung wertbeständiger Löhne fordern? Es ist keine Stunde zu verlieren.

Streik im Baugewerbe.

Vom Baugewerksbund wird uns mitgeteilt: Der Schiedsrichter des Bezirkslohnamtes vom 28. Juni hat gegen eine starke Minorität die Zustimmung der baugewerblichen Arbeitnehmerverbände erhalten. Dagegen haben die Hoch-, Beton- und Tiefbau-Arbeitgeberverbände ihm ihre Zustimmung versagt. Eine derartige Stellungnahme der Berliner Bauunternehmer ist gleichbedeutend mit einer Provokation. Bauarbeiter Berlins, der Worte sind genug gewechselt. Wir müssen zur Tat übergehen. Heute (Mittwoch) abend findet in der Zeit von 5 bis 8 Uhr in den bekannten Abstimmungslokalen eine Urabstimmung statt. In dieser Urabstimmung haben sich die Mitglieder für oder gegen den Streik zu entscheiden. Mitglieder, die über 6 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, haben keine Möglichkeit, sich an der Abstimmung zu beteiligen. Es wird Aufgabe der Baubeteiligten sein, die Belegschaften auf diese wichtige Abstimmung hinzuweisen und dafür zu sorgen, daß sich die Mitglieder des Baugewerksbundes reiflos daran beteiligen.

Streik der Zimmerer.

Der Vorstand der Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Zimmerer teilt mit: Den Verbandskameraden hiermit zur Nachricht, daß unsere am 2. Juli stattgefundene Zahlstellenversammlung dem Schiedsrichter vom 20. Juni, durch welchen der Lohn von 28. Juni bis 4. Juli auf 9500 M. festgesetzt ist, ihre Zustimmung gegeben hat. Dagegen hat die Zahlstellenversammlung einstimmig beschlossen: Falls die Arbeitgeber den Spruch ablehnen, hat auf allen Baustellen für das Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe vom Mittwoch, den 4. Juli, die Arbeit zu ruhen. Auf Anfrage bei den Arbeitgebern und beim Vorsitzenden des Bezirkslohnamtes erhielten wir die Nachricht, daß von den Arbeitgeberverbänden der Schiedsrichter abgelehnt ist. Somit ruht ab heute Mittwoch die Arbeit.

Die Lehrlinge bleiben in den Betrieben.

Alle Verbandskameraden treffen sich am Mittwoch, nachmittags von 4 Uhr ab in ihren Bezirkslokalen. Die Funktionäre müssen bestimmt nachmittags 2 Uhr im Bureau erscheinen.

Der Streik der Holzarbeiter dauert fort.

Die zu gestern auf 11 Uhr im „Berliner Bräuer“ anberaumte Versammlung der streikenden Holzarbeiter Groß-Berlins hatte einen solchen Massenandrang zu verzeichnen, daß der große Garten schon lange vor der festgesetzten Zeit bis auf den letzten Platz gefüllt war. Und immer noch strömten neue Scharen herbei, um an der Versammlung teilzunehmen. Der Streik dauert nun bereits über eine Woche. Die Forderungen der Arbeiterseite waren für die laufende Woche eine Erhöhung des 3758 M. betragenden Stundenlohnes um 195 Proz., so daß dieser sich auf rund 11000 M. stellen würde. Für die beiden letzten Vormonats betragen die Forderungen 125 bzw. 100 Proz. Die Arbeitgeber haben für die laufende Woche einen Stundenlohn von 9500 M. und für die beiden Vormonats 87 bzw. 60 Proz. angeboten. Gestern, Dienstag vormittag, ist es kurz vor Beginn der Versammlung nochmals zu einer Verhandlung mit den Arbeitgebern gekommen. Wie von Böse berichtet wurde, haben die Arbeitgeber nur noch das Zugeständnis gemacht, für die beiden letzten Vormonats die Zulage auf 110 bzw. 75 Proz. zu erhöhen. Der Kampf habe sich inzwischen auf fast alle Betriebe ausgedehnt, die den vereinigten Verbänden angehören. Von etwa 50 Betrieben sei die Forderung der Arbeiterseite bewilligt worden. Die Organisationsleitung lege die Entscheidung nunmehr ganz in die Hände der versammelten Kollegenschaft.

Die anschließende Aussprache ließ erkennen, daß die Streikenden nicht willens sind, auf die unzulänglichen Angebote der Arbeitgeber einzugehen. Alle Redner sprachen sich entschieden für die Ablehnung aus. Von Thielmann wurde die Inanspruchnahme einer schiedsgerichtlichen Instanz angeregt.

Bei der folgenden Abstimmung wurde das Angebot der Arbeitgeber gegen wenige Stimmen abgelehnt. — Freygang erklärte hierauf, daß nach dem Ergebnis der Abstimmung der Kampf auf der ganzen Linie weiter zu führen sei. Ein Antrag von Böse, alle weiteren Dispositionen in die Hände der Streikleitung zu legen, wurde gegen eine geringe Stimmenzahl angenommen. Ferner gelangte eine Entschließung zur Annahme, den Streik mit allen Mitteln weiterzuführen, sowie eine Delegation zur Funktionärversammlung des Metallarbeiterverbandes zu entsenden, um eine Verbindung zwischen beiden Kampffronten herzustellen, sowie sich mit der Gewerkschaftskommission in Verbindung zu setzen, damit diese die gesamte Arbeiterschaft zur Unterstützung des Kampfes auftrufe.

Allgemeinverbindlicher Uhrmachertarif.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes schreibt uns:

Laut Entschluß des Herrn Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung, Aktenzeichen VI 3482/36 vom 1. Juni d. Js., ist mit Wirkung ab 15. Juni folgende tarifliche Vereinbarung für a) Allgemeinverbindlich erklärt worden, mit Ausnahme der Betriebe des Verbandes Berliner Metall-Industrieller:

Klasse C (höchste Fähigkeitstasse): a) der allgemeine Höchstlohn des BMM-Larifs Klasse I; b) dazu die zurzeit geltende Zuschlagzulage; c) auf die sich ergebende Summe ein Zuschlag von 10 Proz.; d) dazu für Verheiratete die tariflichen Familienzulagen.

Klasse B: a) der allgemeine Höchstlohn des BMM-Larifs Klasse I; b) dazu ein Zuschlag von 10 Proz.; c) dazu für Verheiratete die tariflichen Familienzulagen. Für die Klasse A und die Jungausgelernten sind besondere Vereinbarungen vorzunehmen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß auf Grund dieser Entscheidung jeder organisierte Uhrmachergehilfe Groß-Berlins einen rechtlichen Anspruch auf diese Art der Bezahlung hat.

Das Hausgehilfengesetz vor dem Reichsrat.

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Der Entwurf eines Hausgehilfengesetzes, das bestimmt ist, nach Aufhebung der alten Befehlsordnungen die Arbeitsverhältnisse der häuslichen Arbeitnehmer in Privathaushaltungen neuzeitlich im Rahmen des in Vorbereitung befindlichen, durch die Verfassung verheißenen Arbeitsrechts zu regeln, ist nach längeren Beratungen am 18. Oktober 1922 vom Vorläufigen Reichsregierungsrat verabschiedet und bereits vor geraumer Zeit dem Reichsrat vorgelegt worden. Bei den besonderen Schwierigkeiten, die gerade die Neugestaltung des Rechtes dieser Berufsgruppen bereitet, ist es verständlich, daß der Entwurf auch im Reichsrat zum Gegenstand eingehender Erörterungen gemacht wird, die voraussichtlich noch einige Zeit in Anspruch nehmen werden. Dem Reichstag wird der Entwurf zugestellt werden, sobald die endgültige Stellungnahme des Reichsrats vorliegt.

Norwegische Gewerkschaftskämpfe.

Die gewerkschaftliche Lage in Norwegen ist seit längerer Zeit sehr gespannt. Die im Jahre 1922 auf Grund des Zwangs-schiedsgerichtsgesetzes gefällten Schiedsprüche liefen in diesem Jahre ab,

und da das Gesetz vom Parlament nicht erneuert wurde, sahen sich die Gewerkschaften gezwungen, durch Verhandlungen oder Kämpfe mit den Unternehmern zu versuchen, eine Erneuerung der Verträge herbeizuführen. Es gelang denn auch, für eine Reihe von Berufen, u. a. für die Metall- und Textilindustrie, für die Bäckereien, Schuhfabriken und für das Schneider- und Baugewerbe, ohne Kampf neue Verträge abzuschließen. In einigen Fällen wurden die Verträge unverändert erneuert, während bei den meisten Vertragsabschlüssen die Arbeiter kleineren Herabsetzungen der Löhne und Aufschüßelungen zustimmen mußten. Jedoch wurden die von den Unternehmern bei Beginn der Verhandlungen geforderten hohen Herabsetzungen abgewehrt. Außerdem gelang es, für das Jahr 1923 die geltenden Ferienbestimmungen vollständig zu erhalten, während gemäß dem Beschluß des Schiedsrichters die Ferien im Jahre 1924 durch besondere Vereinbarung geregelt werden sollen. Der Vertrag für das Baugewerbe, der 14 verschiedene Berufe umfaßt, wurde von allen in Betracht kommenden Gewerkschaften, mit Ausnahme des Maurerverbandes, angenommen. Durch Beschluß des Vorstandes des Gewerkschaftsbundes wurde auch der Maurerverband zur Annahme des Vertrages gezwungen. Als Protest gegen das Verhalten des Vorstandes beschloß der Maurerverband den Austritt aus dem Gewerkschaftsbund.

Im Buchdruckgewerbe kam es zu einem größeren Kampfe. Im Monat April stellten zirka 1500 Buchdrucker die Arbeit ein, um die Rückgängigmachung des im Oktober 1922 durch Spruch des Zwangs-schiedsrichters erfolgten Lohnabzugs zu erzwingen. Um den Widerstand der Buchdrucker zu brechen, kündigte der norwegische Arbeitgeberverband die Aussperrung der Arbeiter verschiedener Berufe zum 15. Juni an. Durch Vermittlung des staatlichen Schiedsrichters wurde jedoch eine Vereinbarung erzielt, und die Buchdrucker nahmen am 16. Juni die Arbeit wieder auf. Hiermit waren die Tarifverträge für fast alle in Frage kommenden Berufe erneuert und damit schien der Arbeitsfrieden in diesem Jahre gesichert. Wegen Vertragsbruchs befanden sich jedoch die Holzarbeiter eines großen Unternehmens in der Papierindustrie im Streik. Um diese Arbeiter zu unterstützen, erklärte der Papierindustriearbeiterverband einen allgemeinen Sympathiestreik, der am 16. Juni in Kraft trat und rund 14000 Arbeiter umfaßt. Dies hat wiederum eine neue Aussperrungsandrohung von Seiten der Unternehmer zur Folge gehabt. Sofern der Sympathiestreik nicht bis dahin beendet ist, sollen den 6. Juli zirka 15000 Arbeiter verschiedener Berufe ausgesperrt werden. Jedoch sind auch hier Verhandlungen im Gange, so daß es nicht unwahrscheinlich erscheint, daß eine Verständigung schon vorher erzielt wird.

Die Sperre über das Rose-Theater, Große Frankfurter Straße, wird hierdurch aufgehoben, da die tariflichen Forderungen erfüllt sind. Zentralverband der Hotel-Angestellten.

Der Lohn für Glasler beträgt vom 2. bis 7. Juli 10000 M. Dazu kommt eine Werkzeugzulage von 100 M. pro Stunde, so daß vom 2. Juli ab 10100 M. gezahlt werden müssen.

Eine Beamten-Internationale. Am Montag fand in Wien eine Vortragsveranstaltung zur Gründung einer Beamten-Internationalen statt. Erschienen waren Vertreter des Deutschen Beamtenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, der Fédération de fonctionnaires aus Paris, des Zentralniederländischen Beamtenbundes, des deutschen Verbandes der öffentlichen Angestellten in der Tschechoslowakei sowie des tschechischen Verbandes der Gemeinde-, Land- und Staatsangestellten aus Prag, endlich der Sekretär des Internationalen Arbeitsamts Koobe. Die Konferenz soll die Richtlinien für einen Internationalen Beamtenverband feststellen, der sich dem Amsterdamer Gewerkschaftsbund anzuschließen hätte.

Wichtig, DDBB-Holzarbeiter! Heute findet die Fortsetzung der ordentlichen Generalversammlung um 7 Uhr abends im Gewerkschaftshaus, großer Saal, statt. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Delegierten, anwesend zu sein. Der Vorbeauschuss.

Schwerbeschädigtenvereinsrat aller Betriebe! Versammlung heute abend 6 Uhr in der 5. Gewerkschule, Berlin O., Range Str. 31. **Deutscher Holzarbeiterverband.** Besondere der Kleintourarbeiter. Donnerstag nachm. 5 Uhr im „Reichsbürger Hof“, oberer Saal, Mittelbernerstr. 10. Unbedingtes Erscheinen aller Mitglieder notwendig. **Zentralverband der Angestellten.** Sektionen: Textingroßhandel, Sami- und Selbstwaren-Großhandel, Baum-, Wein- und Kleinhof-Großhandel, Lebensmittel. Funktionärversammlung am 5. Juli, 5 1/2 Uhr, in Gowerlands Festhölle, Reuss Friedrichstr. 35.

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: **Hilfer Schiff**, Berlin; **Gewerkschaftsbewegung**: J. Seiner, Berlin; **Handel**: R. S. Lehner, Berlin-Wilmersdorf; **Sozial** und **Sonstige**: Felix Barabas, Berlin-Wilmersdorf; **Angewandte**: H. Wacker, Berlin. **Verlag**: Formbüros-Verlag G. m. b. H. S. Berlin; **Druck**: Formbüros-Verlag und **Verlagsanstalt** Paul Singer u. Co., Berlin SW. 66, Lindenstraße 3, **Elektra 1** Verlag.

Darmstädter und Nationalbank

Kommanditgesellschaft auf Aktien

Bericht der persönlich haftenden Gesellschafter.



Die Berichterstattung über das abgelaufene Jahr erfolgt in einem Augenblick, in dem schwerwiegende Ereignisse in breitem Strom über uns hinwegziehen. Nach einem vierjährigen verlustreichen Kriege mit den Waffen steht das deutsche Volk nunmehr seit etwa fünf Jahren in einem kräftezerstörenden Wirtschaftskampfe, der augenblicklich seinen Höhepunkt in dem Ruhrkrieg gefunden hat. Mehr denn je beherrscht alles Denken die Sorge um die Entwicklung unserer Zukunft, und es bedeutet fast eine Ueberwindung, mitten in den großen Geschehnissen der Gegenwart einen Rückblick über die Enttäuschungen des Jahres 1922 vorzunehmen.

Auch das Jahr 1922 schloß für Deutschland mit einer völlig passiven Bilanz und trotz der vielen Hoffnungen, die wir von einer friedenssuchenden Konferenz zur anderen, von Cannes über Genoa bis London durchschleppten, endgültig zu Grabe. Die Politik setzte mit einer unheimlichen Logik und einer beängstigenden Schnelligkeit ihr Zerstörungs- und Zersetzungswerk fort, und das Drängen auf Katastrophe wurde bald von der Politik auf die Wirtschaft, bald von der Wirtschaft auf die Erscheinungen der Inflation und des Währungsverfalls nach außen hin stark verschleiert. Sie wird jedoch unabwiesbar klar, wenn man eine ernste Kritik an den Werfaktoren unserer Gesamtwirtschaft, nämlich ihrer Produktivität und ihrer Ausfuhr, ibr. Die passive Zahlungsbilanz hat im Jahre 1922 bedenkliche Fortschritte gemacht, und sie wird durch nichts mehr gekennzeichnet, als durch den Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr, den man auf rund 2,2 Milliarden Goldmark für das Jahr 1922 einschätzen darf. Neben dem Einfuhrüberschuß der Handelsbilanz bleiben die gewaltigen Reparationskosten und die innen- und außenpolitischen Einflüsse die verantwortlichen Faktoren für den verhängnisvollen Währungsverfall des Jahres.

Es ist selbstverständlich, daß der Entwertungsprozeß der Mark alle volkswirtschaftlichen Begriffe in Staat und Wirtschaft ebenfalls vernichtet. Immer mehr treten die produktiven Leistungen gegenüber der spekulativen Uebersicht über die wirtschaftlichen Vorgänge zurück, die für die Rentabilität und für die substantielle Festigkeit der Betriebe ausschlaggebend geworden sind. Das Risiko der Geldentwertung erzeugt eine spekulative Atmosphäre, die unsere Wirtschaft in ihren moralischen Begriffen auf ein verhängnisvolles Niveau herabdrückt.

Diese zwangsläufigen Folgen der Inflation werden erst verschwinden mit der Beseitigung der Probleme, die unsere Epoche in sich trägt, zu deren praktischen Lösung man aber erst kommen wird, wenn die psychologische Seite unserer ganzen Entwicklung eine Änderung erfahren kann. Zu den Imperativen einer Gesundung gehört in erster Linie die Wiederkehr des Glaubens an die Möglichkeit einer Festigung unserer Verhältnisse. Dieser Glaube läßt sich jedoch nicht ausschließlich durch technische Mittel erzwingen, die in unsere Hand gegeben wären. Das Problem liegt bei dem heutigen Höhepunkt der Krisis viel unkomplizierter, als es den Anschein hat. Nur wenn der außenpolitische Druck beseitigt wird, wenn der Versäler Vertrag eine erträgliche Änderung erfährt, und wenn das Reparationsproblem an Stelle kautschukartiger Begriffe eine rechnerisch festgelegte Belastung darstellt, vermögen wir wirksame materielle und erzieherische Mittel im Innern auszubauen, die uns wieder zu den alten stabilen Begriffen der Wirtschaft und Moral zurückführen. Von hier aus wird der Weg zu erhöhter Produktion und vermehrter Ausfuhr als Heilmittel unserer Not gefunden werden.

Für die Geschichte unseres Instituts wird das Jahr 1922 trotz aller Enttäuschungen in der Allgemeinentwicklung unserer staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse ein bedeutsames positives Ereignis verzeichnen können. Die Generalversammlung vom 17. Juni genehmigte den Zusammenschluß der früheren „Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank)“ und der „Nationalbank für Deutschland“ und vollendete damit die durch die 1921 eingegangene Bankengemeinschaft eingeleitete Verschmelzung zur „Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien“. Die widrigen Zeitumstände haben natürlich die organisatorischen Arbeiten des Zusammenschlusses außerordentlich erschwert, doch hat sich die Vereinigung überall reibungslos vollzogen, und die völlige Zusammenlegung der gemeinschaftlichen Pflästen ist im Laufe des Jahres durchgeführt worden. Eine örtliche Zusammenlegung des Zentralbetriebes in Berlin hat sich bisher noch nicht völlig ermöglichen lassen, doch kommt mehr und mehr auch hier die organische Zusammenarbeit zur Geltung. In wirtschaftlicher Hinsicht haben sich die an den Zusammenschluß bei beiden Instituten gestellten Erwartungen in vollem Maße erfüllt. Die erhöhte Stockkraft des Unternehmens drückt sich wesentlich in den Ziffern

der Bilanz, in den Erträgen des Gewinn- und Verlustkontos und in der führenden oder mitwirkenden Beteiligung bei den großen Finanztransaktionen unserer Zeit, wie in der großen Anzahl der Konsortialgeschäfte aus.

Der oben gekennzeichnete Vernichtungsprozeß der deutschen Währung hat der deutschen Bankwelt und damit auch unserem Institut außergewöhnliche Aufgaben zugeführt. Gerade das Bankgewerbe hat in der Verteidigung seiner substantiellen Basis eine besonders schwierige Position. Wir haben auch im abgelaufenen Jahre getreu unserer Tradition als Handel und Landwirtschaft mit in- und ausländischen Krediten zur Verfügung zu stehen, um den Wirtschaftsverkehr, der vielfach unter den Anforderungen plötzlich eintretender Epochen der Geldentwertung zu bedrohlichen geldlichen Verhältnissen kam, zu unterstützen.

Das Bild unserer Bilanz spiegelt in dem gewaltigen Answellen aller Ziffern die Entwicklung unserer Wirtschaft wider, und auch das laufende Geschäftsjahr bringt eine weitere wesentliche Erhöhung aller dieser Zahlen, die, wie die Geldentwertung selbst, in den Kreislauf der Inflation mit hineingezogen worden sind. Die Bankwelt hat ihre Bemühungen, das Eigenkapital dieser Zahlensparade anzupassen, aufgeben müssen, und wir selbst haben uns von jeder Kapitalerhöhung bisher ferngehalten, obgleich unser Aktienkapital nur etwa die doppelte Höhe des Friedenskapitals der vereinigten Institute aufweist. Zur Erhöhung des verantwortlichen Eigenkapitals haben wir dagegen aus den laufenden Geschäftsgewinnen einen Betrag von M. 1.546.774,420.— zur Zulassung in den offenen Reservendfonds bestimmt, sodaß dieser damit auf 2 Milliarden Mark anwächst.

Daneben haben wir uns entschlossen, die Aktivposten Wertpapiere, Konsortialbeteiligungen, dauernde Beteiligungen, Grundstücke und Gebäude mit je M. 1.— aufzunehmen, um hiermit eine Reservebasis zu bilden, die eine substantielle Grundlage enthält.

Der Posten „dauernde Beteiligungen“ umfaßt wiederum die Beteiligung an der Deutsch-Südamerikanischen Bank, die mit unverändertem Friedenskapital arbeitet und soeben beschlossen hat, für das Geschäftsjahr 1922 eine Dividende von 300 % zu verteilen. Die Deutsche Orientbank hat im laufenden Geschäftsjahr ihr Aktienkapital auf M. 300.000.000.— erhöht und ihren Interessentenkreis neuerdings durch wichtige Beziehungen verbreitert. Unsere Beteiligung an der Mercantilebank in Wien hat durch die Kapitalerhöhungen im Jahre 1922 abermals eine entsprechende Erhöhung erfahren. Das Institut hat ein Jahr starker Entwicklung hinter sich und bringt eine Dividende von 2500 Kronen pro Stück zur Verteilung. Die in diesem Bilanzposten enthaltenen kommanditgesellschaftlichen Beteiligungen an Bankfirmen werden für das Berichtsjahr günstige Erträge erbringen.

Im Gebäudekonto sind die eigenen Grundstücke und Gebäude von 121 Niederlassungen enthalten.

Das Gewinn- und Verlustkonto zeigt neben der starken Erhöhung der Einnahmesummen aus dem laufenden Geschäft ein gewaltiges Answellen der Unkosten. Die Linie dieser Entwicklung läuft sich weiterhin parallel mit den oben erwähnten Erscheinungen der Inflation und der Geldentwertung, und sie bildet sowohl bei den Anhalten der augenblicklichen Zustände wie auch einer etwaigen Stabilisierung ein bedrohliches Moment für die gesamte Wirtschaft.

Das Konsortial- und Effekengeschäft hat zu zahlreichen Transaktionen Veranlassung gegeben. Wir haben auch in diesem Jahre den Gewinn hieraus zur Gewinnverteilung nicht hinzugezogen. Im einzelnen waren wir teils führend, teils mitwirkend an 44 Geschäften beteiligt.

Für unseren Gewinnverteilungsvorschlag ergibt sich folgende Berechnung:

Der Bruttogewinn beläuft sich (einschließlich des Vortrages aus M. 2.722.459.— aus dem Jahre 1921) auf	14.040.404.628,98
davon ab:	M.
a) Verwaltungskosten	9.249.473.065,39
a) Steuern	1.736.349.214,44
Es wird beantragt, der Reserve zuzuführen	1.546.774.420,—
	14.076.561.898,98

davon sind zu zahlen:

die satzungsgemäßen Tantiemen für den Aufsichtsrat	117.600,00—
verbleibt ein Ueberschuß von	1.289.967.898,98
aus welchem die beantragte Dividende von 2,0 % zu entnehmen ist mit	1.200.000.000,—
während der Rest von	89.967.898,98
auf neue Rechnung übergeht.	

Es würden somit Mk. 2000.— auf die Aktien von Mk. 1000.— und Mk. 400.— auf die Aktien von Mk. 1200.— zur Verteilung kommen.

Berlin, im Juli 1923.

Darmstädter und Nationalbank
Kommanditgesellschaft auf Aktien.
Andreas Dr. Behelm-Schwarzbach, Bernhard Bodenheimer, Goldschmidt Hincke, Dr. Rosin, Dr. Schacht, v. Simson, Dr. Strube, Wittenberg.

Abbau der Metalldiebstähle.

Aus den Erfahrungen der Kriminalpolizei.

Die neuzeitliche Groß-Berliner Kriminalpolizei, durch die Revolution an Haupt und Gliedern stark umgewandelt, ist besser als ihr Ruf. Auch bei der Metalldiebstahlepidemie, die im vorigen Herbst einsetzte, stand sie einer aus unserer Glanzzeit geborenen Erscheinung gegenüber, die nicht im Handumdrehen zu beseitigen war. Noch dreimal so viele Beamte hätten nicht in kurzer Zeit einen Erfolg buchen können. Aus der betreffenden Abteilung des Polizeipräsidentiums wird uns die Entwicklung der Epidemie und ihre wirksame Bekämpfung geschildert.

Not, Verführung, Spekulation.

Sehr schnell war als Wurzel des Übels in erster Linie die zunehmende Not zu erkennen, dann erst die Spekulation. Die gestohlenen Diebe waren zum großen Teil Arbeitslose, Gelegenheits- und Gewohnheitsdiebe, vor kurzem aus dem Gefängnis Entlassene oder andere Personen, die zweifellos durch eine wirkliche Notlage zu den oft ziemlich leicht auszuführenden Metalldiebereien getrieben wurden. Auch Frauen beteiligten sich daran, und selbst Kinder wurden zu den nächtlichen Raubzügen mitgenommen. Oft genug sind ganze Familien auf frischer Tat oder beim Transport der gestohlenen Metalle gefaßt worden. Wo unzweifelhaft Not die Triebfeder war, haben das Polizeipräsidentium und der Strafrichter stets zeitgemäße Milderungen walten lassen. Das geschah auch in den nicht so seltenen Fällen, in denen sich Schlicher zusammenschlossen, um namentlich in den Vororten von Eisenbahngeländen, aus Häusern und Gärten kleine Metallteile zu stehlen und den Erlös in Zigaretten und Käseereien anzulegen. Diese alle sind dem Jugendgerichtshof vorgeführt worden und meistens mit einem blauen Auge davon gekommen. Nur wenige, deren Entartung einen tieferen Grund hatte, wurden der Fürsorgeerziehung überwiesen. Anders waren die vielen Banden jener halbwildlichen zu beurteilen und zu behandeln, die aus den Metalldiebstählen aller Art ein einträgliches Gewerbe machten. Hier war schließlich nur ein ganz rücksichtsloses Vorgehen am Platze. Auf dem Konto dieser jugendlichen Banden sind auch die meisten der mit großer Verwegenheit ausgeführten Leistungsdiebstähle zu sehen, durch die der Postfiskus um Hunderte von Millionen geschädigt worden ist, ferner die Diebstähle von Denkmalsbestandteilen oder ganzen Metallfiguren aus öffentlichen Anlagen und Privatgärten.

In den Werkstätten und Fabriken.

Es war kein Metallgegenstand mehr sicher. Man wußte zuletzt nicht, wem noch Vertrauen gebühete. Die Diebstahlschäden waren unermesslich groß. Angestellte aller Arten stahlen wie die Raben, vom Vorarbeiter bis zum Meister. Die Ergebnisse der Kontrollen beim Verlassen der Werkstätten liefen auf den ungewöhnlichen Umfang der Diebereien schließen. Anfangs wehrte sich die Arbeiterschaft gegen solche Kontrolle, bis sie ihre Notwendigkeit erkannte. In Hunderten von Fällen sind Leute abgeführt worden, die wertvolle Metalle in gereinigten Diebstählen unter den Kleidern hinaustrugen. Als diese Entwendungsart zu gefährlich wurde, warfen die Diebe die Metalle aus den Fenstern, wo Diebesgenossen warteten. Oder es geschah kurz vor Betriebschluss, um dann draußen die Diebesware in Rucksäcke zu packen. Der Zeitwert der aus den Fabriken gestohlenen Metalle geht in die Milliarden. Den vielen Anforderungen, die Betriebe durch Kriminalbeamte zur Abend- und Nachtzeit überwachen zu lassen, konnte gar nicht entsprochen werden. Schwere Blods aus Kupfer, Blei, Messing, Eisen verschwanden spurlos. Selbst Motore wurden herausgeschleppt oder über den Zaun geworfen.

In den Wohnhäusern.

Es gibt nur wenige Groß-Berliner Wohnhäuser, deren Metallteile von Dieben verschont sind. Nach sicheren Feststellungen haben hier vorzugsweise Bettler und verkappte Lumpenhändler ihre Hände im Spiel gehabt. Es bildeten sich zahlreiche Spezialisten heraus. Der eine stahl die Messinghaken der Treppenaufser, der andere die Türklinen, Türbeschläge und Ramenschlüssel, der dritte nur Regengossen, der vierte nur die Bleirohre der Fluraborte. Auch hierbei sind größere Kinder betroffen worden, die im Hause ja weniger auffallen als unbekannt erwachsene. Als gutes Gegenmittel erwies sich die stärkere Befestigung oder überhaupt die Entfernung der begehrten Hauszubehöre, für deren Entwendung

nach neuesten Entscheidungen die Mieter zu haften haben, und vor allem erhöhte Wachsamkeit. Die Hausdiebe wissen ganz genau, wo scharf aufgepaßt wird, und wo verräterische Wachhunde sind. Gegenwärtig sind eine ganze Anzahl Spezialisten tätig, um aus den Kellern und Nebengelassen der Treppentürre die Stromuhren und Klingeltransformatoren, die Gas- und Wassermesser zu stehlen. Die Art der Arbeit deutet auf Fachmänner hin.

Fehler und Fehlerbörsen.

Zu den der Kriminalpolizei seit Jahr und Tag bekannten unverbesserlichen Hehlern traten bald eine große Anzahl Personen, die aus der Hehlerei ein einträgliches Nebengewerbe machten. Die Produkthandlungen und Metallschmelzen, die von jeder Metalle aufkauften, ohne sich um die Herkunft zu kümmern, blieben weit in der Minderzahl. Allerorten entstanden Metallantaststellen, die unabweislich durch Aushang ankündigten: „Ich kaufe alles und zahle rasend hohe Preise!“ Zum erheblichen Teil waren diese neuen Antaststellen oft mit anderen Gewerben verbunden. Sie blühten insgeheim auch bei Gastwirten, Friseurern usw., was anfangs die Arbeit der Kriminalpolizei sehr erschwerte, bis man endlich durch systematische Beobachtungen alle Fäden in der Hand hatte und in kurzen Zwischenräumen sehr zahlreiche Fehlerbörsen ausbeuten konnte. Der Kampf gegen die gewaltige Zahl der Metalldiebstähle wäre ziemlich aussichtslos gewesen, wenn man nicht in richtiger Erkenntnis den Abzug der „Sohre“ immer mehr untergraben hätte. Viele Metalldiebe ließ man zunächst laufen, um sich an ihre Fersen zu heften und ihre Spur, die in die Fehlerbörsen führten, zu verfolgen. Erst als die meisten Fehlerverstecke bekannt waren, griff auch die Schutzpolizei und die Bahnpolizei kräftiger zu. Auf Vorortbahnhöfen, in deren Nähe große Fabrikbetriebe liegen, sind Hunderte von Metalldieben, die aufstolzend schwere Rucksäcke trugen, festgenommen worden. Die Gesamtheit war so energisch, daß die meisten Fehlerbörsen ihren Betrieb eingestellt haben und infolgedessen die Metalldiebstähle um mindestens zwei Drittel zurückgegangen sind. Auch die höheren Bestrafungen, fast durchweg mit Gefängnis, wenn nicht Diebstahl aus Not nachweisbar war, haben zur Einschränkung der Epidemie beigetragen.

Was einzelnen Dieben abgenommen wurde, kam in der Regel zunächst nach der Polizeirevierwache, von da gesammelt nach dem Präsidium. Aus Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen ließen zuweilen ganze Bogenladungen ein. Nur ein Teil wurde von den Eigentümern erkannt und dann zurückgegeben. Viele Bestohlene meldeten sich gar nicht. Wo größere Mengen beschlagnahmt wurden, wollten die Hehler natürlich niemals wissen, wo die Ware gestohlen war. Ermittlungen nach dem Eigentümer waren dann sehr schwierig und blieben oft ergebnislos, wenn nicht die Metalle bestimmte Zeichen trugen. Was seinen rechtmäßigen Eigentümer binnen Jahresfrist nicht wiederfindet, wird schließlich, um zu große Anhäufung zu vermeiden, öffentlich meistbietend versteigert. Zu den Bietern gehören stets auch — Produkthändler und Hehler. Aber es geht dann ehrlich zu.

Die Kassetten mit den Devisen.

Den eigenen Vater hat der 18 Jahre alte Kaufmann Max Mann aus der Turmstraße um 30 Millionen Mark bestohlen. Während sein Vater geschäftlich unterwegs war und die Mutter mit einem Sohn ins Theater gegangen war, stahl der ungeratene Sohn mit einem gleichaltrigen Spiegelgesellen aus der Turmstraße in der elterlichen Wohnung eine Kassette, die Devisen, Gold- und Silbermünzen im Werte von 30 Millionen Mark enthielt. Da die Weiden die Kassette nicht allein öffnen konnten, zogen sie noch einige andere Spiegelgesellen ins Vertrauen und mit deren Hilfe wurde die Kassette in der Jungfernhöhe gesprengt. Während der Sohn des bestohlenen Kaufmanns und sein Spiegelgeselle sich die Devisen aneigneten, wurden die anderen mit den Gold- und Silbermünzen entlohnt. Mit den Devisen fuhren sie nach Hamburg, wechselten sie dort ein und besuchten mit den Millionen in der Tasche das Verh. Die Kriminalpolizei fand

bald ihre Spur in Hamburg und veranlaßte die Festnahme der jugendlichen Ausreißer. Den größten Teil des Geldes hatten sie bereits durchgebracht.

Waschküche als Badestube.

In manchen Dingen leben wir wieder mitten in der „guten alten Zeit“. Rot lehrte Einschränkung. Man lehrte zurück zu Gewohnheiten, die längst begraben schienen. Uns ältere im grauen Haar kommandierte vor einem halben Jahrhundert die Mutter alle zwei Wochen in die Waschküche, die sich damals noch fast überall im Keller oder in einem stallartigen Hofgebäude befand. Das wäre ja gelacht gewesen, das schöne warme Seifenwasser, wenn es seinen Zweck für die große Wäsche erfüllt hatte, einfach fortzugießen. Berlin kannte noch keine geschlossenen öffentlichen Badeanstalten mit Bäumen- und Brausebädern. Auch Privatbetriebe solcher Art gab es nur wenige. Man lebte höchst ökonomisch, rechnete im kleinen Haushalt mit jedem Secher und steckte nach der großen Wäsche mehr oder weniger zahlreichen Sprühlinge einfach in den hölzernen Waschkübel, um bei dicht verhängten Fenstern und im elenden Schein einer Petroleumlampe eine sehr notwendige zweite Generalreinigung vorzunehmen. Zuletzt kam Rutter an die Reihe, und auch Vater verschmähte es nicht, in das Holzfaß zu steigen. Allzu hygienisch und appetitlich war es zwar nicht, weil es nicht darauf ankam, daß zwei oder drei Menschen ihre Glieder in das gleiche Wasser tauchten, aber keiner von uns ist daran gestorben. Heute wird es wieder ähnlich gemacht. Die kalte Witterung hält auch jetzt noch von den Flußbadeanstalten und Freibädern zurück, und das Gas aus dem Herd ist zur Warmwasserbereitung viel zu teuer, und auch die Preise für Wannen- und Brausebäder bedeuten für linderreiche Familien eine nicht mehr leicht erschwingliche Ausgabe. Haben doch selbst die Krankenkassen, so schwer ihnen das fiel, notgedrungen ihre Ärzte anweisen müssen, bei der Verordnung von Bädern, die nicht zu einem besonderen medizinischen Zweck erfolgen, zurückhaltender zu sein. Dazu kommen die vielen wenig bemittelten Leute, deren Gesundheitszustand ein Sommerbad im Freien nicht verträgt. Man tippelt also, wenn im Hause alles still geworden ist, nach der Waschküche unter dem Dach und stellt im Waschkübel allerlei Betrachtungen an, wie herrlich weit wir doch in dieser verrückten gewordenen Welt mit den Kulturerrungenschaften gekommen sind. Selbst Hausbewohner mit eigenen Badestuben, die nutzlos ihr Dasein vertrauern, haben die Bequemlichkeit ausgegeben und es lernen müssen: Bade in der Waschküche!

Eine Milliarde Tageseinnahme.

Die Berliner Straßenbahn hat gestern erstmalig die Tageseinnahme von einer Milliarde Mark überschritten. Einschließlich der verkauften Wochenkarten und ohne den Anteil der Monatskarten betragen die Gesamteinnahmen durch die Schaffner 1486 Millionen. Die erste Million Tageseinnahme war bei der Berliner Straßenbahn am 30. April 1920 erreicht worden, die erste Tageseinnahme von zehn Millionen am 23. September 1922 und von hundert Millionen am 31. Januar 1923.

Krankentassen und Kassenärzte.

Im „Groß-Berliner Kertzebund“ ist eine „Freie Vereinigung“ entstanden, die in dieser Organisation der Bauartigkeit sein will. Sie strebt an, die Kertze als „solidarischem Ständebewußtsein und gewerkschaftlichem Denken“ zu erziehen und dem Arzt soziale Gerechtigkeit und materielle Unabhängigkeit zu erkämpfen. Auf ihrem Programm steht u. a. die Förderung, die Abhängigkeit der Kertze von den Kassen durch eine Arbeitsgemeinschaft zu erleichtern, in der Kertze und Kassen als gleichberechtigte Faktoren den Interessen der Gesamtheit dienen. In einer von der „Freien Vereinigung“ einberufenen Kertzeversammlung wurden am Montag über die Behandlung der Kertze durch die Kassen die besonnensten Klagen vorgebracht. Dr. W. Sternberg und Dr. G. Lennhoff forderten in ihren Referaten über „Währungsungsverfall und Arzthonorar“ bessere Anpassung des Honorars an die Geldentwertung und größere Beschleunigung der Honorarauszahlung. Eine vom Vorstand vorgelegte Resolution, die auf die „jabrelange Ausbeutung der Kertze durch die Krankentassen“ hinweist, fand beifällige Aufnahme. Den Kampf um bessere Honorarbedingungen wollen die Kertze mit allen gewerkschaftlichen Mitteln führen. Sie denken an einen Streik, nicht gegenüber den Kranken, sondern den Kassen. Rätigenfalls wollen sie bis auf weiteres den vertraglosigen Zustand erklären, bei dem allerdings die Leidtragenden doch die

Als die Wasser fielen.

Von Otto Rung.

„Bis zu meinem zweiundzwanzigsten Jahre“, sagte Gerda, „war ich bei Herrn und Frau Rosentost.“ Sie schüttelte den Kopf, das Lächeln um ihre Lippen wurde halb lustig, halb verbittert.

„Eines Tages“, sagte sie und streckte ihre Beine unter dem Rock aus, „war es vorbei. Ich hatte allmählich eine kleine Gage bekommen, und die Sparfennige von meiner Tante waren fast ganz aufgebracht. Aber ich war genötigt, aufzuhören.“

Herr Rosentost“, fuhr sie fort, „kam eines Abends, als ich allein Ueberstunden machte, zu mir herein. Ich hörte ihn nicht kommen und spürte plötzlich seinen Bart auf meinem Nacken.“

Ehe sie es verhindern konnte, hätte er sie, so erzählte sie flüchtig, von hinten gepackt und ihre Hände festgehalten. Ob er sie geküßt hatte, bekam Gude nicht zu wissen.

„Ich hielt einen Teller in jeder Hand“, erklärte Gerda, „die zerbrach ich an seinen Badentnochen!“

Ich ließ ihn mit einem langen Riß auf der Nase mitten in den Scherben stehen. Und dann nahm ich mein Zeug!“ Sie lachte. „Ich ging fort und mietete mir ein Meßer.“ Sie sah ihn forschend an. „Ja, und dann begann ich auf eigene Faust. Ich fand Kameraden. Die große Zeit während des Krieges fing an. Verkaufte ich nicht, so taten es andere. Wir hielten zusammen.“

Sie legte die Arme hinter den Nacken, die langen Wimpern verschleierte ihre Augen, die Lippen wurden röter als zuvor. „Im letzten Sommer“, sagte sie, „bildeten wir eine Kolonie an einem Orte der Westküste und lebten dort in Sonne, Wind und Brandung. Wir waren Kameraden, einer von ihnen war mein Lehrer.“ Sie schwieg.

Er schenkte Wein in ihr Glas, und sie tranken still aus. Und was nun? dachte er. Was mochte ihre Zukunft sein? Er dachte an die Schachtel mit den ausgeklemmten Tuben, die sie wachsam vor seinem Blick zu verbergen gesucht hatte, während sie tapfer die Farbe auf ihrer Palette mit Terpentin verblühte.

Verbraucht waren wohl längst alle roten, festlichen Far-

ben, der teure Rosa-Krapplack, der kostspielige echte Karmin, nur ein wenig billiger Zinnober war noch übrig; und ob wohl Robalt genug für den Rest der vielen blauen Frühlingstage und den langen blauen Sommer, der jetzt bald anbrach, da war? Die zusammengekniffenen Tuben mit Ocker und Neapolitaner Gelb reichten kaum für all den Sonnenschein, der im Anzug war! In kurzem würden alle Tuben leer sein, immer blässer würden die Bilder werden, blutlos, schwärzlich, Grau in Grau! Und zuletzt würde nur noch die eine Tube Weiß mit ihrer billigen Zinnmasse übrig sein, die würde sicher am längsten aushalten, und Gerda würde auf ihre geweihte Leinwand machtlos wie ein Schneebünder in die Ebnisse starren.

Ein Telegraphenbote stand auf dem Kai und guckte zweifelnd zum Schiff hinauf. Ja, er hatte ein Telegramm.

Gude nahm es ihm ab. Es war an die Bart Bef Ruthby adressiert, mit dem Zusatz: Für den Bewohner vorn. — Es war vom Maler Rüstad am selben Tage aus Götterburg abgeschickt und lautete nur: Bin selbst verhindert. Besorgt alles Nötige. —

Zwei Stunden später kam ein neues Telegramm. Es war ebenfalls von Rüstad und füllte fast vier Formulare. Es lautete:

Um Mißverständnis vorigen Telegramms zu vermeiden, hiermit Details. Antwort, ob verstanden, von Wichtigkeit und umgehend. Bin Götterburg. Telegraphiert Hotel Zentral. Entschuldigt gütigst, habe aber sehr, sehr ernste Dinge wahrzunehmen. —

Es wurde Gude klar, daß Rüstad hier vergessen haben mußte, daß er telegraphierte — wahrscheinlich schrieb er nie Briefe, sondern telegraphierte statt dessen! — und die Depesche breitete sich jetzt mit ungeheurer Weitläufigkeit aus. Er konnte den Norweger sehen, wie er am Pult im Telegraphenbureau stand und ärgerlich mit der für das Publikum bereitliegenden Feder um die Wette spritzte und Formulare auf Formulare vollkrappte, einem Neuen wütender Geschäftsleute den Weg versperrend und das Lokal, trotz des Verbotes an der Wand, mit einer kohlschwarzen Zigarre verräuchernd.

Er teilte mit, daß er ohne Abschied abgereist wäre, weil es eilte, und daß die Ereignisse ihn verhindert hätten, alles vor seinem Ausbruch zu ordnen. Jetzt läße er in Götterburg fest, wo er eigentlich nur einen Tag zu bleiben gedacht hätte. Er wäre hier jetzt seit ungefähr zwei Monaten.

Der Kapitän ist bei mir, telegraphierte er, er sitzt hinter

mir auf der Bank und hält die Schweden in Schach, die ans Pult wollen und mich stören und schreien. Ich forge stets dafür, daß er eine Mission hat, die seine Melancholie dämpft.

Rüstad erzählte weiter, daß er Kapitän Högelund draußen beim Kopenhagener Schwimmdock gefunden hätte, wo der Kapitän jeden Morgen als Lehler in der Reihe der Arbeitslosen stand. Rüstad hatte geahnt, daß der Kapitän sich mit schweren Gedanken trug und zwischen dem Köpfchen eines Kohlendampfers und dem Grunde des Gaswerkshafens schwante. Da packte Rüstad ihn resolut am Kragen und nahm ihn mit, um nach den Zwillingen zu suchen, die Haus und Heim verlassen hatten und umherirrten. Zuletzt waren sie von dem Steuermann der Raimöer Fähre gesehen worden. Zwillinge waren nicht leicht zu verkennen, wenn sie nicht so flug waren, einzeln zu reisen. Man hatte ihre Spur erst nach Cimbrishamn, dann bis Bergö verfolgt, und nun sah es so aus, als ob sie mit einer reisenden Truppe in Bärmland herumfuhren.

Vorläufig mußte Rüstad indessen in Götterburg bleiben. Ich entdeckte nämlich, schrieb er, daß der Leichenräuber von einem Direktor des hiesigen fossilen Museums zwei Seefische von mir für dreißigtausend auf der Nachschversteigerung einer Generalin gekauft hatte, deren General mir vor zwanzig Jahren fünfhundert per Stück gegeben hatte! Rüstad hatte hingehen und den Käufer überbieten wollen, war aber im Hotel verspätet worden durch ein Essen mit fünf Konsulen, die — ganz klar! — vom Museum bestochen worden waren, auszuhalten, bis die Auktion vorbei war. Und jetzt, schrieb Rüstad, haben die Kaseler meine beiden frischen Tafeln Himmel und Meer in ihrem Leichenhaus aufgehängt, vis-a-vis einer fetten Speckseite in einer Waschküche, betitelt Osterjonnabend der Sennerin, von Zorn, und fünfzehn ausgestopften Gänsen, die an einer Schnur über ein Meer aus gefrorener Schlagfahne gezogen wurden, von Nilsefors! — Aber Rüstad sollten sie nicht so ohne weiteres in die eisgefähten Glasfänge der Morgue, zur Betrachtung für Sonntagssoldaten und städtische Ferienkinder unter Bewachung, kriegen! Jetzt wäre es genug mit Zeitungspolemiken und Hotelbesuchen der Direktion; morgen gingen der Kapitän und Rüstad in voller Kriegeskärke ins Museum und holten den Raub, wenn nötig, unter Anwendung von Gewalt! —

(Fortsetzung folgt.)

Ankranken warden. Die Kertze warden dann die Kassenmitglieder nur gegen sofortige Bezahlung nach der allgemeinen Gebührensordnung behandelt und ihnen Ertragforderung gegen die Kassen anheimstellen. Vorläufig handelt es sich hierbei nur um eine Entschädigung dieser einen Fraktion des Kartezbundes.

Ohne Haushaltsplan.

Heute mittag finden beim Oberbürgermeister Böß Besprechungen der Fraktionsführer statt, in denen ein Ausweg aus der durch die Ablehnung des Berliner Etats geschaffenen Situation gefunden werden soll. Wenn es nicht gelingen sollte, den Berliner Etat unter Dach und Fach zu bringen, so ist gelehrt das Innenministerium gezwungen, einen Staatskommissar zur Regelung der Berliner Angelegenheiten einzusetzen. Da vermuthlich keine der großen Rathsparteien eine solche Regelung gern sehen wird, so ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß doch noch in letzter Stunde eine Einigung zustande kommt. Darauf läßt auch die verhältnismäßig ruhige und zurückhaltende Besprechung der Vorgänge in der letzten Stadtverordnetenversammlung durch die bürgerliche Presse schließen. Eine einzige Ausnahme macht nur die volksparteiliche „Zeit“ mit einem Artikel Dr. Leidigs, dessen schroffes Auftreten, sowohl im Staatsauschuß wie im Plenum, in ungewöhnlichem Maße zur Verschärfung der Gegensätze beigetragen hat. Es verlautet im Rathhaus, daß dieses Auftreten selbst in den Reihen weit rechts stehender bürgerlicher Kreise nicht beliebt wird. Da aber sämtliche Fraktionen erst am Donnerstag vor der Sitzung zusammentreten, so läßt sich vorläufig über das weitere Schicksal des Berliner Etats keine genaue Voraussage machen.

Hohe Provision — leichte Gewinne.

Durchstechereien beim Milchamt in Moabit.

Großen Durchstechereien ist die Kriminalpolizei bei dem Städtischen Milchamt in Alt-Moabit auf die Spur gekommen. Die Firma Jordan in der Nickenstraße erdelt von dem Städtischen Milchamt alle beschädigten Kannen um, die zum Transport der Milch benutzt wurden, zur Ausbesserung. Zwischen der Firma und dem Milchamt waren über die Bezahlung dieser Reparaturen Abmachungen getroffen. Wie sich jetzt herausgestellt hat, erhielt von der Firma Jordan der Angestellte Pohl des Milchamtes eine Provision für alle ausgeführten Reparaturen. Dafür ließ er der Firma nicht nur die wirklich reparaturbedürftigen Milchkannen zuwenden, sondern auch noch andere, die nur geringe Fehler hatten. Die Firma jedoch berechnete für diese die gleichen Summen, wie für die andern. So hatte das Milchamt hohe Summen für Reparaturen zu zahlen, die nicht notwendig waren. Die Firma Jordan erzielte leichte Gewinne und Pohl hohe Provisionen. Der Firma wurden nimmere die Aufträge entzogen. Auf eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft, leitete die Inspektion C. der Berliner Kriminalpolizei eine Untersuchung ein und beschlagnahmte auch die Bücher der Firma. Wie hoch sich der Schaden des Städtischen Milchamtes stellt, läßt sich noch nicht genau übersehen.

Internationale Scheckfälscher.

Die Raubritter der D-Züge.

Seit etwa anderthalb Jahren häuften sich bei der Kriminalpolizei die Anzeigen aus aller Welt, nach denen amerikanischen Reisenden ihre Scheckbücher, die sogenannte „Traveller-Checks“ enthielten, auf unerklärliche Weise gestohlen wurden. Diese Schecks werden vor dem Inhaber bei amerikanischen Banken gegen Hinterlegung des Betrages erworben. Auf jeden Scheck muß der Inhaber bei Empfangnahme seinen Namen eintragen. Die Schecks werden überall bei den Korrespondenzbanken ohne weiteres eingelöst, nur muß der Inhaber vor den Augen des Bankbedienten dieselbe Namensunterschrift wie oben auf dem Blatt leisten.

Eine internationale Taschendiebesbande verband es nun, durch ein geschicktes Verfahren die von ihr gestohlenen Traveller-Checks einzulösen. Ein Mitglied dieser, zum Teil in Berlin verhafteten Bande, der Kaufmann Heinrich Blinborn aus Warschau, hatte sich nimmere wegen gewerbsmäßiger Hehlerei, Betruges und Urkundenfälschung vor der 7. Strafkammer zu verantworten. Seit zwei Jahren hatte er in Deutschland auf großen Fuß gelebt. Während er selbst in Berlin im Hotel Fürstenhof mit seiner Geliebten wohnte, befand sich seine Frau in Swinemünde im Bade. Blinborn hat unter dem Namen Gisinger mehrere hundert Reisefchecks im Gesamtbetrag von etwa 40 000 Dollar bei verschiedenen Berliner Banken abgehoben. Der Deputat für internationale Scheckfälschungen beim Berliner Polizeipräsidium, Kriminalkommissar Linnemann, gab interessante Aufschlüsse über das „Arbeiten“ dieser Taschendiebes- und Fälscherbande. Sie übte ihre Tätigkeit hauptsächlich in den Zügen der internationalen Reisenden, auf Bahnhöfen und in den vornehmen Hotels aus. Die Betrüger „arbeiten“ auch mit weiblichen Helfern. Sie halten sich in den Kassenräumen der Banken auf und warten auf den Augenblick, in dem irgendein Reisender das Scheckbuch einen Moment liegen läßt, das dann im Handumdrehen verschwunden ist. Das Haupt dieser Bande war der aus Polen stammende Kaufmann Gang, der es verstand, durch Stellung einer Sicherheitsleistung in Höhe von 2 Millionen Mark freies Geleit zur Vernehmung in Berlin zu erhalten und diese Gelegenheit benutzte, um sich mit seinen „Geschäftsfreunden“ in Verbindung zu setzen und dann unter Inanspruchnahme der Sicherheitsleistung wieder zu verschwinden. Er soll jetzt in Kanada „arbeiten“. Der Angeklagte Blinborn wurde zu 8 Jahren und 1 Monat Zuchthaus und zu 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Das verstopfte Schlüsselloch.

Einen heiteren Belag hatte eine Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte, vor dem sich der Kaufmann Rosendorf zu verantworten hatte, weil er die Mitbewohnerin seines Hauses, das Möbelfrau Fräulein P., durch üble Nachrede in ihrer Ehre gekränkt haben sollte. Herr Rosendorf mußte seine stark cholertische Veranlagung mit einer Geldstrafe von 300 000 Mark büßen. Als Herr Rosendorf eines nachts gegen 1 Uhr nach Hause kam, wollte sich die Haustür nicht öffnen lassen. Der Schlüssel ging nicht ins Schlüsselloch hinein. Darüber war er schon in Wut geraten, die ihren Höhepunkt erreichte, als es ihm schließlich doch gelang, die Tür aufzukommen und er auf der Treppe Fräulein P. in Begleitung eines jungen Mannes hinaufgehen sah. Er machte nun seinem Herzen Luft und behauptete, daß die beiden jungen Leute das Schlüsselloch verstopft hätten, um hinter der Haustür ungestört Intimitäten auszutauschen. Damit begnügte sich aber Herr Rosendorf nicht, sondern verbreitete auch noch im Hause, daß die Mutter des Fräulein P. in ihrer Wohnung geradezu einen Vorbelbehalt zulasse. Fräulein P. wollte sich dies nicht gefallen lassen und erwiderte vor Gericht, um viele unerhörten Angriffe gegen ihre Mädchensehe abzuwenden zu lassen. Die Beweisnahme ergab auch keinen Schatten eines Beweises für die Behauptungen des Angeklagten und der vom Angeklagten angeordnete Wahrheitsbeweis mangelte völlig. So kam es zu dem obigen Urteil, und Fräulein P. konnte befriedigt den Gerichtssaal verlassen.

26 637 Schweine in Berlin.

Das Statistische Amt der Stadt Berlin hat bei der Schweinezählung am 1. Juni d. J. für das gesamte Stadtgebiet einschließlich Vieh- und Schlachthof 26 637 Schweinehaltende Haushaltungen mit 26 637 Schweinen festgestellt — gegenüber 7225 Haushaltungen mit 23 447 Schweinen der Schweinezählung vom 1. Juni 1922 — also eine beträchtliche Zunahme von 29 Proz.

Haushaltungen mit 12 Proz. Schweinen. Insbesondere hat die Zahl der reinen Zuchtstiere und Kühe in höherem Maße zugenommen als die Zahl der Schlachtreifen Schweine, die bei der Viehzählung vom 1. Dezember 1922 (bei 28 482 Schweinen überhaupt) sogar um rund 63 Proz. höher war als bei der jüngsten Zählung. Die weitaus größte Zahl von Schweinehaltenden Haushaltungen findet sich in den Verwaltungsbezirken Prenzlauer Berg mit 3074 Schweinen, Lichterberg: 1030 mit 2635 Schweinen, Spandau: 971 mit 2306 Schweinen, Neukölln: 785 mit 2062 Schweinen, Weißensee: 730 mit 4103 Schweinen und Tempelhofer: 619 mit 1573 Schweinen, Kreuzberg bei 102 Haushaltungen mit 292 Schweinen und Mitte bei 106 mit 321 Schweinen haben die niedrigsten Zahlen. Nicht ohne Interesse wird es sein zu erfahren, daß Wedding und Prenzlauer Berg eine größere Zahl von Schweinehaltenden Haushaltungen und Schweinen nachgewiesen haben als die Außenbezirke Wilmersdorf und Zehlendorf.

Allgemeine Versammlung sämtlicher Funktionäre der DVP.

heute, Mittwoch, 4. Juli, abends 7 Uhr, im „Deutschen Hof“, Ludauer Straße 14/15.

Tagesordnung: Der Berliner Staatskrach. Die Folgen für die Bevölkerung. Die Haltung der Parteien.

Referent: Stadtverordn. Dr. Richard Lohmann

Mitgliedsbuch und Funktionärkarte gelten als Ausweis. Die Stadt- und Bezirksverordneten sind besonders eingeladen. Der Bezirksvorstand.

Gr. öffentl. Versammlung

Donnerstag, den 5. Juli, abends 7 Uhr, im Großen Saal des Lehrervereinshauses, Alexanderstr. 41, am Alexanderplatz

Tagesordnung: Das Fehdenbach-Urteil! Die Reaktion in der Justiz!

Redner sind: Reichstagsabgeordneter Wilhelm Dillmann, Rechtsanwalt Dr. Hirschberg-München, der Verteidiger Fehdenbachs, Kammergerichtsrat Dr. Freymuth, Sachverständiger in dem Prozeß Dr. Friedrich Thimme, Dr. Arthur Glosier vom Schuyverh. deutscher Schriftsteller

Zur Deckung der Unkosten 800 Mark Eintritt. Bezirksverband Berlin der Vereinigten Sozialdemokr. Partei.

Der Preis für das Markenbrot erhöht sich von Montag nächster Woche ab nach den Beschlüssen des Fachauschusses auf voraussichtlich 4200 Mark.

Eine neue Bestimmung zur Einschulung. Das Provinzial-Schulkollegium hat bestimmt, daß auf Antrag der Erziehungsberechtigten vom 1. April auch Kinder aufgenommen werden können, die in der Zeit vom 1. April bis 30. September desselben Jahres das sechste Lebensjahr vollenden, falls der Aufnahme Bedenken in gesundheitlicher Hinsicht nicht entgegenstehen. Die Aufnahme noch jüngerer Kinder ist ausgeschlossen.

Das Auto im Kanal. Ein besetztes Automobil roste am Dienstagmittag in der 6. Stunde in den Spandauer Schiffskanal an der Charlottenburger Brücke in Charlottenburg. Der gleich alarmierten Charlottenburger Feuerwehr gelang es, mit vieler Mühe und nach längerer Anstrengung das Auto wieder aufs trockene zu bringen und alle Personen zu retten. Sie sind mit dem Schrecken und leichten Verletzungen davongekommen.

Doppelselfmord und Mord. Der 43 Jahre alte Schneider Georg Cessin und die 30 Jahre alte Witwe Josefa Lübeck, die zusammen eine Wohnung im Hause Schlegelstraße 5 innehaben, sowie das Kind der letzteren, der neunjährige Waldemar L., wurden tot in ihren Betten aufgefunden. Zerüttelte Verhältnisse hatten die beiden Liebesleute zum Selbstmord und Mord getrieben.

Vom Tode überrascht. Als der Wächter des Kabelwerks Oberpreze nachts gegen 12 1/2 Uhr einen Kontrollgang machte, entdeckte er auf einem Abort des Wertes die Leiche des 50 Jahre alten Bureaubeamten Paul Zunder aus Oberschöneweide. Wie ein Arzt feststellte, hatte ein Herzschlag seinem Leben ein Ende gemacht.

Jubiläum. Ihr 25jähriges Arbeitsjubiläum feiern heute die beiden Arbeiter Otto Döcker und Susan Williams bei der Firma R. Kempinski u. Co., Leipziger Straße.

Eisenbahnkatastrophen in Rumänien.

Ueber 30 Tote, mehr als 70 Schwerverletzte.

Zwei schwere Eisenbahnunglücke haben sich in Rumänien ereignet. Bei Burzen stieß der Bukarester Schnellzug mit einem Güterzuge zusammen. Es wurden 30 Tote und mehr als 70 Schwerverletzte festgestellt. — Kurz vor der Ausfahrt des Bäderzuges aus Groszwardein stieß ein Güterzug gegen denselben. Mehrere Waggons des Güterzuges wurden gegen die Personenzug geschleudert. Ein Mann und fünf Frauen wurden getötet und bis zur Unkenntlichkeit gerädert. Mehr als 20 Personen erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen. Ein Passagier ist wie durch ein Wunder dem Tode entronnen und wurde vollkommen unversehrt unter den Trümmern hervorgezogen.

Explosionskatastrophe bei Bukarest. Am 2. Juli ist das Fort Data bei durch Explosion der Munition in die Luft gestiegen. Es wurde in einen Schutthaufen verwandelt. 6 Tote und 7 Schwerverletzte hat dieses Unglück als Opfer gefordert. Die Identität der Opfer konnte nur in drei Fällen festgestellt werden, da die Körper der Verunglückten in Stücke zerrissen wurden.

Malaria-Epidemie in Moskau. Die Sowjetpresse berichtet, daß die Malaria-Epidemie in Moskau in erschreckender Weise zunimmt. Im Laufe des Monats März sind 381 Krankheitsfälle verzeichnet worden, im April 1307, im Mai 2148. Im Laufe der ersten Hälfte des Juni sind bereits über 2500 Erkrankungen an Malaria festgestellt worden.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ansehnlich, Geschäft etwas reger. Flachs knapp, Geschäft reger. Obst und Gemüse reichlich, Geschäft flott.

Am Dienstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise: Rindfleisch 18 000—20 000 M., ohne Knochen 20 000—24 000 M., Schweinefleisch 20 000—24 000 M., Kalbfleisch 18 000—20 000 M., Hammelfleisch 19 500—23 000 M., Rücken fett 20 000 M., Rindertalg 22 000 bis 25 000 M., Schellfisch 8 700—10 000 M., Kabeljau 11 000—15 200 M., Fildern 3400—7500 M., In Eis: Schleie 18 000 M., Haichte 15 000 bis 17 000 M., Aale 25 000—27 000 M., Lebende Scholle 25 000—28 000 M., Hechte 34 000—35 000 M., Naturbutter 34 000—36 000 M., Margarine 18 000—25 500 M., Schweinefleisch 26 000—27 000 M., Weizenmehl 5500—6500 M., Hefe 4000—4200 M., Backobst, gemischt 6000—7000 M., Kartoffeln (neue) 4000—4200 M., das Pfund, Blumenkohl 8000 bis 12 000 M., der Kopf, Kohlrabi 5000—7000 M., die Maßel, Kirschen 3000—4000 M.

Wirtschaft

Ein offener Bantabschluss.

Unsere Uebersicht darf nicht falsch verstanden werden; die Offenherzigkeit des Jahresabschlusses der Darmstädter und Nationalbank besteht nicht in der rückwärts Bioflektion der Gewinne, sondern in dem ungehörten Betenntnis zur Bedeutungslosigkeit der gelehrt vorgeschriebenen öffentlichen Bilanz. Das Handelsgelehrte ist in seinen Vorschriften über die Bilanzgebarung und der Publizitätspflicht nur noch ein formales Bilderspiel ohne Bilder. Dennoch findet sich keine Kraft, durchgreifend zu reformieren. So kommen dann öffentliche Rechnungen heraus wie die der Darmstädter und Nationalbank.

Diese vereinigten Bantunternehmungen besitzen nominell 600 Millionen Mark Kapital. Das wären etwas mehr als 3000 Dollar. Dabei sind 121 Filialen, über ganz Deutschland verteilt, vorhanden. Im vergangenen Jahr ist an Grundstücken und Gebäuden ein starker Zuwachs vor sich gegangen. Dennoch steht der gesamte Besitz mit einer Mark zu Buche! Schon dieses eine Beispiel zeigt, wie riesenhafte Reserven vorhanden sind. Aber auch die sämtlichen Bestände an Wertpapieren, an Konjunkturalbeteiligungen und an dauernden Beteiligungen stehen mit nur einer Mark zu Buche! Es handelt sich hierbei um für unsere Papiermarktbeurteilung phantastisch hohe Reserven.

Selbstverständlich ist die Dividende, in Goldmark umgerechnet, nur gering; es sind 200 Proz. in Papiermark. Aber die Gewinne dieser Reservenbank, die im besonderen bei jedem großen Stimmgeschäft beteiligt ist, die die wichtigsten Kapitaltransaktionen des vergangenen Jahres mitgemacht und viele, viele Hundert herausgegeben von Aktien, Neugründungen, Fusionen und Umbildungen finanziell geleistet hat, drückt ihre Gewinne ja gar nicht in der lumpigen Dividende aus. Die Gewinne werden zu Nacht für eine kleine Gruppe von Bankdirektoren und ihre Kapitalfreunde. So sind die Banken nicht nur Eigenerdiener, sondern auch Hissinstrument der kapitalistischen Anjaugungskräfte.

In der Bilanz werden die Goldkonten mit den verschiedenartigen Papierkonten, deren innere Abrechnung niemand kennt, freilich durcheinander aufgezählt. Angesichts dieser Billionensumme und Milliardenziffern wird dem einfachen Staatsbürger erst der Wert unserer derzeitigen — Steuererhebung richtig klar. Die Finanzämter rechnen hinter jedem Dienstmäddchen her. Das können sie; aber hinter dem gnädigen Herrn Bankdirektor dieses Mädchens kommt wohl nicht einmal Herr Hermes nach. Dabei behaupten böse Jungen, er sei sogar für wertbeständige Steuern. Ob er die Bilanz der Darmstädter und Nationalbank unter diesem Gesichtspunkt prüfen wird? Wir nehmen an, daß das zuständige Finanzamt mit dem zufrieden ist, was die Bank anzugeben für gut befindet. Warum wird nicht der zehnprozentige Abzug vom Verdienst der Banken eingeführt?

Wochenindex im Lebensmittelhandel.

Die „Bosische Zeitung“ berichtet: Die ungeheure Markterstreckung der letzten Tage hat es mit sich gebracht, daß der Lebensmittelgroßhandel trotz ungeheurer Scheinverdienste nicht mehr in der Lage ist, auch die allernotwendigsten Mengen von Kolonialwaren zu importieren. Auch die Erwerbung landwirtschaftlicher Produkte des Inlandes ist reichend zurückgegangen und stinkt noch ständig. Deshalb trat vor einigen Tagen der Großhandel an den Kleinhandel heran, schilderte in eingehenden Besprechungen seine Lage und forderte den Kleinhandel auf, ihm die nötigen Geldmittel, für den weiteren Einkauf auf Grund einer gewissen Festmarktberechnung voranzubehalten. Der Kleinhandel, welcher sich in derselben Lage befindet wie der Großhandel, mußte dieses Anerbieten ablehnen. Man konnte jedoch diese Dinge nicht auf diesem Stand lassen, weil eine Weiterentwicklung dieser Zustände binnen kurzem zu einem vollkommenen Zusammenbruch der Lebensmittelversorgung geführt hätte.

Deshalb sind nun Verhandlungen mit dem Arbeitsministerium aufgenommen worden, in deren Mittelpunkt die Schaffung eines Wochenindex wohl in Anlehnung an die gestern im Archivalen Besprechung der gewerkschaftlichen Spitzenverbände im Arbeitsministerium steht. Die letzten Auswärtigen der Markterstreckung sind im Kleinhandel noch gar nicht fühlbar geworden, so daß wir mit weiteren außerordentlichen Preisprüngen zu rechnen haben. Es gilt demgegenüber sowohl auf seiten der Händler wie auch auf seiten der Konsumenten, sofortige Abwehrmaßnahmen zu treffen. Der ehrliche Lohn ist eine solche Abwehrmaßnahme.

Schrauben-Riehm, Berlin.

Die Schrauben- und Riemerfabrik vorm. Riehm u. Söhne bietet jetzt 28 Millionen Mark neue Aktien an. Dabei erfährt man über Besitz und Geschäftsaussichten:

Die Gesellschaft besitzt in Berlin-Weißensee, an der Verlängerten Schönstraße, Grundstücke mit einem Flächeninhalt von 20 800 Quadratmeter, wovon 9500 Quadratmeter bebaut sind. Die Gebäude bestehen aus zwei gemauerten Hallen mit Eisentrucktionen und einem Verwaltungsgebäude. Ferner besitzt die Gesellschaft in Görlitz ein Grundstück im Ausmaß von etwa 15 000 Quadratmeter Fläche, wovon etwa 3000 Quadratmeter bebaut sind. Endlich besitzt die Gesellschaft in Jertz ein Grundstück mit einem Flächeninhalt von 15 000 Quadratmeter, wovon 3000 Quadratmeter mit einem massiv gebauten Fabrikgebäude, einigen offenen Schuppen und einer einstöckigen Villa bebaut sind; dieses Grundstück nebst Anlagen ist an die Anhaltische Schrauben- und Riemerfabrik Aktiengesellschaft vermietet.

In Rajahlin besitzt die Gesellschaft in Berlin und Görlitz zwei Dampfmaschinen von je 400 Pferdestärken, drei Generatoren und 22 Elektromotoren. Ferner 63 Fabrikationsmaschinen und 211 Bearbeitungsmaschinen. Die Heizanlage besteht aus einem Doppel- und drei Einzelstein.

Die Umsätze in den letzten drei Jahren betragen: 1919/20 24 000 000 M., 1920/21 24 000 000 M., 1921/22 180 000 000 M.

Die Gesellschaft gehört dem Vahenschrauberverband und der Schwellenschraubervereinigung an, welche die Festsetzung der Preise zum Zwecke haben und deren Mitgliedschaft jederzeit kündbar ist.

Die Gesellschaft verfügt für längere Zeit in allen Betrieben über Aufträge zu auskömmlichen Preisen, so daß unter allen durch die gegenwärtigen Zeitverhältnisse bedingten Vorbehalten auch auf das erhöhte Aktienkapital mit einer befriedigenden Dividende zu rechnen sein dürfte.

Die jüngste Bilanz weist Maschinen, Werkzeuge, Utensilien, Modelle und den Fuhrpark mit je einer Mark aus. Die Beteiligungen — Anhaltische Schraubenfabrik G. m. b. H., Jertz, und Süddeutsche Schrauben- und Riemerfabrik A.-G., München — stehen mit dem Nominalwert zu Buche.

Das Unternehmen gehört zum Interessensbereich der Telephonfabrik vorm. Berliner und dem Lorenz-Konzern.

Postparaffen in Sowjet-Rußland. Die Sowjetregierung richtet in ganz Rußland Postparaffen ein.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel ist noch nachzutragen: 1 finnische Mark 4389,— Geld, 4411,— Brief; 100 österr. Kronen 231,42 Geld, 232,53 Brief; 1 holländische Krone 4837,50 Geld, 4882,50 Brief; 1 ungarische Krone 19,45 Geld, 19,55 Brief; 1 bulgarische Lewa 1571,— Geld, 1579,— Brief; 1 jugoslawischer Dinar 1735,50 Geld, 1744,50 Brief.

Arbeitersport.

Leichtathletenverein „Die Roten“... Abt. Südwesten. Treffpunkt zur Sportveranstaltung...

LUNAPARK

Ab 3 Uhr voller Betrieb... Admirals-Variete Berlin... 8.00 bestes Programm

Rennen zu Strausberg... Mittwoch, d. 4. Juli... nachm. 3 Uhr

Urania Alt-Berlin... Zigaretten... Frauenhaare... Fahrradankauf!

200 000 Mark bar... M. 105 000 für das kg... Haarverwertung A.-G., Belle-Alliance-Pl. 12

Wir kaufen auch kleine Posten ausgekämmte Frauenhaare... M. 105 000 für das kg

Wir zahlen Riesenpreise... Brillanten... Gold-, Silber-, Platin-Bruch... Edelmetalleinkaufsgesellschaft

Berliner Juwelen-Verwertungs-Haus... Ankauf von Juwelen, Perlen, Smaragden, Uhren, Gold- und Silberbruch

Reichensberger Schwimmverein... Schwimmverein „Derwärts“ Berlin 1897...

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Lindenstraße 83/85... Vollversammlung der Gesamtbranche

Vollversammlung der Gesamtbranche... Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit...

Vollversammlung der Betriebsräte der Hauptgruppe IV... Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu dem am 2. Juli...

Verammlung der Grabere und Rifeure... Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu dem am 2. Juli...

Am Montag, den 13. August 1923... Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu dem am 2. Juli...

ISOLA STAHLGLAS... Springt nicht! Bricht nicht!

ISOLA STAHLGLAS... Springt nicht! Bricht nicht!

Arbeitsmarkt... Stellenangebote... Tüchtige Kassiererinnen

Ortskrankenkasse der Gürtler zu Berlin

Bekanntmachung... Auf Grund der Berechnung über die Beiträge...

Table with columns: Beitrag für den Kalenderjahr, Beitrag für den Monat, Beitrag für den Tag.

Der Vorstand... Karl Höber, Dater Kurt, Borchgrevink

Einserate im Vorwärts bringen Erfolg!

KLEINE ANZEIGEN... Jedes Wort 800 M.

Verkäufe... Nähmaschinen, Kleiderwagen, Kinder-Klappwagen

Bekleidung... Feinwollene Herrenanzüge, Sommerkleider

Arbeitsmarkt... Stellenangebote... Tüchtige Kassiererinnen

Arbeitsmarkt... Stellenangebote... Tüchtige Kassiererinnen

Spiegel-Verlag „Fichte-Dr.“... Fußball - Fodan - Handball - Leichtathletik

Kaufgesuche

Kaufgesuche... Klavier, gut erhaltenes, sucht Best. Kaufmann, Sandstr. 30.

Kaufgesuche... Klavier, gut erhaltenes, sucht Best. Kaufmann, Sandstr. 30.

Kaufgesuche... Klavier, gut erhaltenes, sucht Best. Kaufmann, Sandstr. 30.

Kaufgesuche... Klavier, gut erhaltenes, sucht Best. Kaufmann, Sandstr. 30.

Kaufgesuche... Klavier, gut erhaltenes, sucht Best. Kaufmann, Sandstr. 30.

Kaufgesuche... Klavier, gut erhaltenes, sucht Best. Kaufmann, Sandstr. 30.

Kaufgesuche... Klavier, gut erhaltenes, sucht Best. Kaufmann, Sandstr. 30.

Kaufgesuche... Klavier, gut erhaltenes, sucht Best. Kaufmann, Sandstr. 30.

Kaufgesuche... Klavier, gut erhaltenes, sucht Best. Kaufmann, Sandstr. 30.

Kaufgesuche... Klavier, gut erhaltenes, sucht Best. Kaufmann, Sandstr. 30.

Autozubehör

Autozubehör... Räder, Felgen, Naben, Achsen

Autozubehör... Räder, Felgen, Naben, Achsen

Autozubehör... Räder, Felgen, Naben, Achsen

Autozubehör... Räder, Felgen, Naben, Achsen

Autozubehör... Räder, Felgen, Naben, Achsen

Autozubehör... Räder, Felgen, Naben, Achsen

Autozubehör... Räder, Felgen, Naben, Achsen

Autozubehör... Räder, Felgen, Naben, Achsen

Autozubehör... Räder, Felgen, Naben, Achsen

Autozubehör... Räder, Felgen, Naben, Achsen

Theater, Lichtspiele usw.

Staatstheater... Schauspielhaus... Die Freier

Deutsches Th... Pottasch u. Perlmutter... Kammerstücke

Der Faun... Gr. Schauspielhaus... Die Frühlingstee

Theater I. d. Königgrätz. Str. 8... Der wunderl. Geschichten II. Teil

Berliner Th. Mädi... 7.30 Uhr... Der Günstling der Zarin

Deutsch. Opernhaus... Die blonde Ratte... Intimes Theater

Die blonde Ratte... Intimes Theater... Lustspielhaus

Die blonde Ratte... Intimes Theater... Lustspielhaus

Die blonde Ratte... Intimes Theater... Lustspielhaus

Die blonde Ratte... Intimes Theater... Lustspielhaus

Die blonde Ratte... Intimes Theater... Lustspielhaus

Die blonde Ratte... Intimes Theater... Lustspielhaus

Die blonde Ratte... Intimes Theater... Lustspielhaus

Die blonde Ratte... Intimes Theater... Lustspielhaus

Die blonde Ratte... Intimes Theater... Lustspielhaus

Billig!!!

Höchste Zeit jetzt zu kaufen. Preise steigen täglich!

Wundervolle Jumper 72.500 | Flotte Röcke 132.500... Prima Herrengummimäntel 750.000

Herrliche Modellkostüme, Gabardine auf 1a Futter noch 1.560.000... Reinwollene Gabardinmäntel 1.185.000

Nicht warten! Noch reichhaltiges Lager in Seal-Electricmänteln, Fohlen-, Katzen-, Kaninjacken...

Simon Westmann Damenkonfektion und Trauermagazin... 1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstr. 37a

Tüchtige Kassiererinnen

sofort gesucht... Meldungen: 1-2 Uhr mittags, 5-6 Uhr abends

Jandorf & Co. Belle-Alliance-Straße 1-2

Vorwärts-Austrägerinnen

werden sofort eingestellt... Berlin, Baerwaldstr. 47

Berlin, Baerwaldstr. 47... Greifenhagener Str. 22

Berlin, Baerwaldstr. 47... Greifenhagener Str. 22

Berlin, Baerwaldstr. 47... Greifenhagener Str. 22